



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung am 13.05.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:31 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Ulrike Wünscher	Ausschussvorsitzende, CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Udo Nistripke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Thorben Vierkant	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Daniel Petzold	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreter für Herrn Berkes Teilnahme bis 20:30 Uhr
Dirk Gernhardt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Vertretung für Herrn Eigendorf
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vertreterin für Herrn Aldag
Ferdinand Raabe	Fraktion Volt/MitBürger Teilnahme von 17:12 Uhr bis 19:50 Uhr
Mario Kerzel	Fraktion Hauptsache Halle
Tim Kehr wieder	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Christian Feigl	Sachkundiger Einwohner
Claudia Franke	Sachkundige Einwohnerin
Herrn Klaus E. Hänsel	Sachkundiger Einwohner
Babett Hünert	Sachkundige Einwohnerin
Jan Wagner	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Nico Schröter	Leiter Fachbereich Städtebau und Bauordnung
Mirko Wagner	Leiter Abteilung Straßenverwaltung
Susanne Schultze	Leiterin Abteilung Hochbau Schulen
Jens Otto	Leiter Abteilung Verkehrsplanung
Ortrud Diemer	Stadtplanerin
Maik Stehle	stellvertretender Protokollführer

Gäste

Angie Müller-Puch	Behnisch Architekten
Benjamin Schönewolf	Behnisch Architekten
Hans-Otto Brambach	Brambach Architekten GmbH
Dr. Harald Neumeister	Investor

Entschuldigt fehlten:

Hans-Joachim Berkes	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Andreas Godenrath	Sachkundiger Einwohner

Benjamin Müller
Sven Thomas Dr.

Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung wurde von der Vorsitzenden, **Frau Dr. Ulrike Wünscher**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kerzel sagte, dass der Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zu einem Moratorium für die im Kontext mit dem Zukunftszentrum stehenden Planungen, Vorlage VIII/2025/00826, zurückgezogen wird.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass es zum TOP 5.4, Beschluss zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK Halle 2025 – Aufstellungsbeschluss, Vorlage VIII/2025/00991, einen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt, welcher unter TOP 5.4.1 behandelt werden soll.

Herr Kehrwieder beantragte die Vertagung der TOP 6.2, Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Parkhausauslastung, Vorlage VIII/2025/00815 und 6.3, Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität an der Haltestelle „Marktplatz“, Vorlage VIII/2025/00930. Der Vertagung wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Gernhardt beantragte die Vertagung des TOP 6.1, Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausstattung öffentlicher Spielplätze mit inklusiven Spielgeräten, Vorlage VIII/2025/00924. Der Vertagung wurde einstimmig zugestimmt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.04.2025
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Baubeschluss für die Maßnahme „Zentrum für Begegnung und Kompetenzentwicklung - Campushaus Halle-Neustadt“ in der Richard-Paulick-Straße, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/00986
- 5.2. Baubeschluss zum Ausbau der Gustav-Anlauf-Straße/Großer Sandberg/Kleiner Sandberg
Vorlage: VIII/2025/00850

- 5.3. Bebauungsplan Nr. 198 Quartiersentwicklung Liebenauer Straße - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VIII/2025/00770
- 5.4. Beschluss zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK Halle 2025 – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VIII/2025/00991
- 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Beschluss zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK Halle 2025 – Aufstellungsbeschluss" VIII/2025/00991
Vorlage: VIII/2025/01217
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Fortschreibung des Mietspiegels 2024 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01143
- 7.2. Bauleitplanung, Beteiligungen im Mai
Vorlage: VIII/2025/01157
- 7.3. Mitteilung zum vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 197
Charlottenstraße/Gottesackerstraße/ Töpferplan - erneute öffentliche Auslegung
Vorlage: VIII/2025/01221
- 7.4. Mitteilung zum Prüfauftrag: Verbesserung der Radwegeverbindung am Leipziger Turm
Vorlage: VIII/2025/01222
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Pilotprojekt „Superblock“ in Halle
Vorlage: VIII/2025/01127
- 8.2. Anfrage des Stadtrates Ferdinand Raabe (Volt / MitBürger) zum Campus Neustadt
Vorlage: VIII/2025/01130
- 9. Anregungen
- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.04.2025
- 11. Beschlussvorlagen
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. Mitteilungen
- 14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zu TOP 7.4

Fragesteller 1 erkundigte sich nach dem Bebauungsplan für das Charlottenviertel. Er wollte wissen, aus welchen Gründen der Bebauungsplan ohne eine umfassende Prüfung durch den Stadtrat genehmigt werden kann. Außerdem stellte er die Frage, ob die Zufahrt für Rettungskräfte und Müllfahrzeuge über die Wilhelm-Külz-Straße sichergestellt ist. Zudem interessierte ihn, welche Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass dieser Weg als Abkürzung für PKW genutzt wird.

Herr Schröter erklärte, dass eine erneute Offenlage stattfinden wird, die gezielt und eingeschränkt durchgeführt wird. Der Zeitraum dafür wird verkürzt und betrifft ausschließlich die geänderten Belange. Aus emissionsschutzrechtlicher Sicht und wegen der Gebäudehöhe, musste eine Anpassung erfolgen. Für diese Offenlage ist rechtlich kein Stadtratsbeschluss notwendig.

Herr Otto sagte, dass es eine reine Fahrrad- und Fußgängerrampe sein wird. Eine Benutzung durch KFZ ist nicht vorgesehen. Durch die Breite ist eine Fehlnutzung ausgeschlossen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.04.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 08.04.2025.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Baubeschluss für die Maßnahme „Zentrum für Begegnung und Kompetenzentwicklung - Campushaus Halle-Neustadt“ in der Richard-Paulick-Straße, 06124 Halle (Saale) Vorlage: VIII/2025/00986

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diese Tagesordnungspunkte ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Wünscher

Mir ist gesagt worden, dass hier Frau Schultze auskunftsfähig ist und wenn es sein muss, können wir auch noch weitere Rederechte vergeben. Herr Rebenstorf, möchten Sie einführen?

Herr Rebenstorf

Entschuldigung, der Tisch ist sehr voll hier heute. Also, Frau Schultze ist Mitarbeiterin der Stadtverwaltung im Geschäftsbereich von Frau Dr. Marquardt. Dürfte auch soweit bekannt sein. Deswegen werden wir kein Rederecht brauchen. Genau, für die weiteren, die Architekten von Behnisch Architekten, jetzt nur mal ganz kurz. Herr Stehle, wir haben eine Präsentation. Können Sie mal durchklicken dann, dass man die nebenher dann noch sieht?

Genau.

Frau Kollegin Brederlow und ich würden uns jetzt reinteilen. Frau Brederlow beginnt, dann würde ich noch ergänzen. Vielleicht, Frau Dr. Wünscher, machen wir das mit dem Rederecht danach. Wir machen das mit dem Rederecht danach, genau. Frau Brederlow führt in den Vortrag ein und dann können wir das Rederecht für die Architekten, die extern sind, immer noch beantragen.

Frau Dr. Wünscher

Also dann, Frau Brederlow. Herzlich willkommen in diesem Ausschuss. Und dann, wir warten auf Ihre Einführung. Danke.

Frau Brederlow

Ja, Frau Vorsitzende. Ich freue mich auch mal wieder in dem Ausschuss zu sein. Das ist eher selten die Gelegenheit. Ich nehme die aber gerne wahr. Ja, ich beginne kurz mit der Ausgangslage noch mal. Die Stadträtinnen und Stadträte, die schon länger auch im Stadtrat sind, werden sich erinnern, dass wir mehrere Beschlüsse schon zu dem Campus, damals noch Kastanienallee, gefasst haben im Stadtrat.

Dass zunächst das umgesetzt wurde, das war auf der Antragsliste für die Zukunftsstadt, ist dort leider nicht zum Zuge gekommen. Dann gab es den, im Rahmen des Strukturwandels, den Ansatz, es zu einem Projekt der Stadt, also einem tatsächlich wichtigen Projekt der Stadt, mit zu erklären. Ist dann auch auf die entsprechende Beschlussvorlage mit gekommen. Es gab noch extra Beschlüsse dazu.

Und wir haben diesen Campus schon viele Jahre geplant. Geplant mit den, in erster Linie beginnend, mit den Schulen dort vor Ort, aber zunehmend auch mit Aktiven, mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Vereinen vor Ort. Um dort ein Zentrum zu entwickeln, in dem zunächst erstmal, und das ist der Baubeschluss für heute, zunächst erstmal ein Campus entstehen wird, ein Gebäude entstehen wird, für junge Menschen, die in der Berufsorientierung sind, und auch junge Menschen, die älter sind. Also, die die Schule schon verlassen haben und doch noch nicht den Weg in den Beruf gefunden haben.

Zunächst beginnen wir dort mit den Themen MINT, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Es wird entsprechend auch die Ausstattung des Gebäudes dort sein. Warum an dem Standort? Das erklärt sich daraus, dass wir aus den ganzen Daten, die wir haben, den Sozialdaten heraus wissen, dass das der Standort in Halle ist, wo wir die größten Probleme, ich nehme es jetzt mal in Anführungszeichen, Probleme und Herausforderungen haben.

Weil dort Menschen wohnen, die zum großen Teil im Sozialleistungsbezug sind, aus den verschiedenen Systemen heraus. Wo wir, was die Berufstätigkeit angeht, also auch die höchste Arbeitslosigkeit haben. Dass wir dort, was die Jugendarbeitslosigkeit ist, ein großes Problem haben und durchaus auch in den Schulen gewisse Herausforderungen. Wobei ich sagen muss, es gibt bei der Gemeinschaftsschule Kastanienallee ja durchaus eine positive Entwicklung.

Aber dennoch haben wir dort an der Stelle die größten Herausforderungen. Das ist vor über zehn Jahren dort identifiziert worden. Und es wurde auch deutlich, dass wir über diesen Campus, den wir jetzt planen, darüber hinaus auch noch weitere Maßnahmen dort verorten müssen. Wir haben aber gesagt, wir beginnen mit dem ersten Bau. Dort haben wir jetzt die Möglichkeit Fördermittel zu bekommen vom Land Sachsen-Anhalt, die auch, Sie sehen das in der Beschlussvorlage, relativ zügig umgesetzt werden müssen. Das ist nämlich die erste Phase des JTF, also die aktuell laufende Phase des JTF, die dann auch 2028 abgeschlossen sein muss.

Und deswegen also, haben wir uns auf den Weg gemacht, und jetzt tatsächlich mit der Umsetzung des Campus begonnen. Zu den baulichen Sachen wird sicherlich nachher Frau Schultze mehr sagen. Wir haben es uns tatsächlich auch nicht leicht gemacht, verschiedene Varianten geprüft:

Wie kann das dort auch verortet werden an dem Standort? Vielleicht für Sie hier im Planungsausschuss auch zur Information: Für das Christian-Wolf-Gymnasium wird es einen Erweiterungsbau geben. Den werden sie nachher auch kurz sehen in der Präsentation, wo der hinkommen soll. Das heißt, diese Fläche ist dort schon gebunden. Und der Campus wird quasi diesen Stadtteil auch, aus unserer Sicht, aufwerten.

Und die Erfolge, was die Vereine vor Ort dort auch uns eigentlich mit als Positives geben, nämlich, wenn ich an die Passage 13 denke, die ja seit einigen Jahren auch immer weiter wächst, viel Zuspruch hat, viele Angebote hat, junge Menschen, und auch ältere, auch aus der Altstadt, also aus der Innenstadt, durchaus nach Neustadt lockt. Das stellen wir uns auch für den Campus vor.

Dass wir dort also einen Ort haben, wo verschiedene auch Nutzer mit hinkommen. Als Partner haben wir beispielsweise das Saline-Technikum, das Schülerforschungszentrum, also auch welche, die bisher vorrangig in der Altstadt, bis hin zu Lührmann unterwegs sind. Die aber durchaus auch Interesse daran haben, sich auf Neustadt, sich mit ihren Angeboten auch auszuweiten. Das zunächst erstmal zum Anfang. Ich denke, der Hauptpunkt ist tatsächlich jetzt, das, was Herr Rebenstorf und Frau Schultze noch zu sagen haben.

Frau Dr. Wünscher

Herzlichen Dank Frau Brederlow für Ihre Einführung. Dann jetzt bitte Herr Rebenstorf und danach dann Frau Schultze.

Herr Rebenstorf

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt, glaube ich leider, Herr Stehle, vergessen weiter zu klicken. Machen Sie mal weiter. Die, Moment. Machen Sie noch mal kurz ein Stück weiter? Genau das. Jetzt haben wir es, das spiegelt ein bisschen. Also, meine Damen und Herren. Wir können das leider immer nicht vorher in dem Raum hier üben und probieren, dass wir richtig in der Reihenfolge durch eine Präsentation durchgehen können, aber die Präsentation ist eingestellt. Sie können die dann auch in Session sich nochmal in Ruhe anschauen.

Der Rückbau des Hochhauses, das wird jetzt mein Part sein, es hat was mit Städtebau und Architektur zu tun. Und ich sag es klar und deutlich, meine Damen und Herren, wir haben es uns nicht leichtgemacht. Das ist eine Entscheidung, die innerhalb der Verwaltungsspitze auch mehrfach hin und her abgewogen wurde. Aber wir mussten am Ende des Tages eine Entscheidung treffen, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo man über die Themen Denkmalschutz und den Umgang mit Halle Neustadt noch nicht weiter diskutiert hat.

Das kam jetzt erst im letzten Jahr tagesaktuell mit auf die Tagesordnung. Wir haben auch vor dem Hintergrund der Ausweisung als Denkmal auch noch mal geprüft, in einem Workshop mit Ihnen, zumindest den Stadträten, noch mal diskutiert und haben uns am Ende trotzdem entschlossen, das Hochhaus an dieser Stelle rauszunehmen, da die Ziele, wie Kollegin Brederlow eben beschrieben hat, für die soziale Weiterentwicklung, für Halle-Neustadt, so wichtig sind und so bestimmend für die zukünftige Entwicklung, dass uns solche Fragen noch weiter begleiten werden.

Wie gehe ich mit dem Bestand um, was heißt Denkmalschutz, und wie muss sich ein Denkmal auch im Plattenbau mit Waschbetonoptik und gekachelter Fassade an veränderte Nutzungen, an veränderte soziale Lagen anpassen? Sie sehen es auch in diesen Folien und,

Herr Vierkant, ich habe es eben gehört, die fehlen noch in der Präsentation, das werden wir noch mal nachsteuern, die werden dann in Session ebenfalls mit eingestellt.

Ich sag ja, Abstimmungen finden manchmal bis kurz vor einer Sitzung auch statt, was uns noch wichtig ist, aber sie sehen hier auch mit dargestellt, dass es noch mehrere Hochhäuser sind, fast ausschließlich, meine Damen und Herren, die Hochhäuser in Halle Neustadt, die die Sorgenkinder sind. Viele betreffen die Magistrale, egal ob es indirekt an der Magistrale die Hochhäuser, Scheibenhochhäuser B und E sind, die Laubenganghochhäuser vorne an der Haltestelle, die heißt, die Straße heißt anders, aber ich sag umgangssprachlich immer Hyazinthenstraße, steht noch eins leer, das ausgebrannte...

Gegenüber sieht man, gegenüber der Schwimmhalle, kennt man auch. Und alles, was an Nutzungsvorschlägen für das Hochhaus in der Richard-Paulick-Straße aufs Tableau kam, egal ob das Azubi-Wohnen ist, günstiges Wohnen ist, Jugendherberge ist und so weiter und sofort, können wir auch in den anderen abbilden, die zentral an der Magistrale, und das ist die Entscheidung.

Die Magistrale ist ein städtebauliches Rückgrat, das Zentrum Neustadt mit den fünf Scheiben ist ein städtebauliches Rückgrat. Ja, könnte man argumentieren, die Richard-Paulick-Straße auch, aber dann sind wir an dem Punkt, wo uns keiner in dem Prozess so richtig die Fragen beantworten konnte, was wird denn damit dann, wie sieht eine Nutzungsperspektive aus. Das ist ein Diskussionsprozess, dem wir uns weiter stellen müssen, das ist jetzt nur exemplarisch an diesem Vorhaben.

Wir werden noch mal einen Workshop mit dem Denkmalschutz auf den Weg bringen, ist auch Themader organisierten Wohnungswirtschaft GWG und die Genossenschaften, weil die auch vor ähnlichen Problemen stehen werden, wie kriegen wir eine Überschneidung, Denkmalschutz und die Nachnutzung zu zeitgemäßem Wohnungsbau oder sozialen Nutzungen auf den Weg. Herr Stehle, mal die nächste Folie noch. Genau.

Hier sehen Sie noch mal kurz aufgeschlüsselt, warum wir den Rückbau für genau dieses Konzept, was jetzt Frau Schultze und ihr Team und die Architekten von Behnisch Architekten Ihnen gleich vorstellen werden, warum wir es für aussichtslos sahen, weiterzuarbeiten mit dem Hochhaus. Aber das soll jetzt auch nicht weiter die vertiefte Diskussion sein. Ich glaube, wir haben es ausreichend und breit diskutiert und deswegen wäre jetzt unser Vorschlag, dass wir kurz das Rederecht beantragen.

Wenn sie beide von Behnisch Architekten vorkommen, noch mal Ihren Namen sagen, dass wir es alle richtig gehört haben. Frau Dr. Wünscher erteilt das Wort und wird dann entsprechend das Rederecht abstimmen. Und Frau Schultze, Sie führen dann bitte durch die weitere Präsentation. Steht das da schon? Genau. Wir sehen gerade die Namen standen schon im Sprechzettel von Frau Dr. Wünscher.

Frau Dr. Wünscher

Ja, dann herzlich Willkommen, Frau Müller-Puch und Herr Schönewolf und wir warten jetzt auf Ihre Vorstellung des Projektes und Frau Schultze ebenso. Ja, dann. Und wir müssen für Sie das Rederecht beantragen. Und deshalb bitte ich jetzt die Stadträte darum, wer ist einverstanden, dass Frau Müller-Puch und Herr Schönewolf das Rederecht erhalten, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind wir alle. Herzlichen Dank und Sie haben das Wort, bitteschön.

Frau Müller-Puch

Genau, wenn Sie. Ich würde dann in der Präsentation einmal vorgehen, noch, genau. Dankeschön, ja. Genau. Ich würde jetzt nach den Ausführungen halt zur sozialen Situation Halle-Neustadt etwas mehr auf den Städtebau eingehen und auch die Punkte, die fürs

Campushaus relevant sind. Sie kennen sich aber ja sicherlich alle gut aus, also werde ich es kurz versuchen, kurz und prägnant zu halten. Halle-Neustadt ist ja, hat ja die Struktur der Planstadt, die geprägt ist durch die Magistrale im Zentrum und dann die grünen Finger, die ja von der Magistrale dann bis in die Landschaft reichen.

Und das Campushaus, das Zukünftige, wird genau dort markiert, an dem orangenen Punkt zwischen den beiden Schulgebäuden, an solch einem grünen Finger zu liegen kommen. Wir haben ja hier Wohngebäude, die teilweise elf Geschosse hoch sind und dann an diesen grünen Verbindungen, hier der Kastanienallee, haben wir dann Flachbauten. Und in direkter Nähe zum... einmal andersrum...zum Campushaus befindet sich, da befinden sich da ein Quartierszentrum im Norden unseres Grundstücks und die beiden Schulen, die sich dann östlich und westlich auch als Flachbauten an das zukünftige Campushaus angrenzen. Unser Grundstück ist geprägt einerseits durch den Baumbestand der Kastanienallee, der sehr markant ist, aber natürlich auch durch das jetzige Hochhaus, mit dem wir uns, wie schon gesagt wurde, intensiv auseinandergesetzt haben. Hier sieht man jetzt einmal einen näheren Ausschnitt mit dem aktuellen Hochhaus.

Das ist jetzt einmal da auf der linken Seite im Norden verortet und daneben den prägenden Baumbestand, der ganz essentiell ist für das zukünftige Campushaus und auch für den Grünzug, der dort durch die Stadt gestärkt werden wird und weiterentwickelt wird als wirklich nachhaltige Mobilitätsarme, also für Radwege. Radfahrer und Fußgänger als Wegeverbindung die zentral in die Stadt reinführen soll, von diesem Campus aus. Wir haben gemeinsam in Workshops mit den Nutzerinnen dieses Projekts, den zukünftigen, also den 30 Kooperationspartnern, das Raumprogramm weiterentwickelt.

Und das ist wirklich ein herausragendes Raumprogramm, muss ich sagen. Also wir machen sehr viele Bildungsbauten und das sticht wirklich hervor in seiner Komplexität und Vielfältigkeit, weil wir haben hier drei Module. Das Modul Labor, was auch hauptsächlich diese MINT-Bildung übernehmen wird. Das Modul Werkhalle, was wirklich vielfältige handwerkliche Fähigkeiten fördern wird. Und dann das Modul Beratung, was in wirklich ein generationenübergreifendes Beratungsangebot darstellen wird.

Wichtig ist auch, das Campushaus ist ja nicht nur für Schüler und Schülerinnen, sondern das ist wirklich für alle Altersgruppen gedacht und soll deswegen nicht nur die Schulen adressieren, sondern auch als Quartierszentrum und darüber hinaus wirken. Und das ist für uns ein ganz wesentlicher Punkt in diesem Projekt. Wir haben gemeinsam mit den Kooperationspartnern entwickelt, wie die dort arbeiten werden, synergetisch und was sie gemeinsam nutzen und wie das in Zukunft funktionieren soll. Hier ein paar Impressionen aus unserem Entwurf zu den Raumtypologien, die man da anfinden wird.

Die Werkhalle, die Werkräume, aber auch Labore und Besprechungsräume und auch alle Begegnungsflächen werden so ausgebildet werden, dass sie wirklich der gemeinsamen Arbeit dort in diesem Campushaus und im gemeinsamen Lernen dienlich sind. Wir haben dann im weiteren vier Varianten untersucht, von dem Komplettabriss des Bestandsgebäudes und einem Neubau, bis hin zum Kompletterhalt und einem Bau, der sich neben dem jetzigen Hochhaus befindet.

Die sieht man dort dargestellt. Links oben sieht man einmal den Neubau und dazu haben wir zwei Varianten untersucht, wo wir versuchen, wo wir die wesentlichen, nennen wir es mal CO² intensiven Bauteile auch des Hochhauses, man muss wissen, das Hochhaus besteht ja aus 13 Geschossen. Es ist im Erdgeschoss ein Untergeschoss massiv gebaut, also da steckt ein Drittel des CO²- Fußabdrucks dieses Hochhauses, steckt in diesen massiven Geschossen und darauf ist es ja als Modulbau in Plattenbauweise errichtet.

Und da haben wir versucht, das Erdgeschoss und das Untergeschoss und Teile des ersten Obergeschosses weiter zu integrieren und empfanden das als sehr sinnvoll. Weil diese

Geschosse wurden schon vor allem im Erdgeschoss, damals als Hobby Garagen konzipiert, die wir natürlich für dieses Campushaus super weiter nutzen können. Weil, die haben eine große Raumhöhe und ermöglichen uns eine gute Nutzung für dieses Projekt auch.

Und so haben wir versucht, einen kreativen und zukunftsfähigen Umgang mit dem Bestand zu finden. Und wenn es keine Nutzungsperspektive gibt doch eine Art Transformation zu schaffen, indem wir gesagt haben, wir nehmen das nicht ganz weg, sondern wir nutzen, was sinnvoll ist. Und darüber hinaus versuchen wir, die Plattenbauteile auch im Neubau wiederzuverwenden. Das heißt, das ist eine der CO² neutralsten Arten heutzutage zu bauen, wenn man es schafft, also neben dem Erhalt natürlich, aber, wenn man darüber hinaus es schafft, Bauteile an Ort und Stelle wieder in Neubauten reinzubringen.

Und das ist uns als Büro ein sehr großes Anliegen. Und deswegen ist das ein Thema dieses Campushauses, was es hier für uns umzusetzen gilt, gemeinsam mit der Stadt. Und es haben sich auch schon andere Kooperationspartner gemeldet, wie die Schule, die nebenan entwickelt wird, die auch gerne Teile dann dieses Hochhauses weiterverwenden will in dem Schulbau. Einmal zurück, genau. Mit den Kooperationspartnern haben wir uns dann auf zwei Varianten, die wurden dann weiter vertieft, aus denen dann eine hervorgegangen ist. Hier sieht man einmal den Lageplan.

Dort befindet sich auf der westlichen Seite, nutzen wir den Bestandsbaukörper und gliedern dann im Norden und im Osten einen Neubau mit Werkhalle und Werkräumen an. Das haben wir deswegen so entschieden, weil die Werkhalle soll ein sehr großer Raum werden, von circa 200 Quadratmetern Nutzfläche. Das können wir in der Bestandsstruktur nicht unterbringen und deswegen haben wir alles, was wir im Bestand unterbringen konnten, dort untergebracht und diese neue Werkhalle wird dann als großzügiges neues Element in Holzbauweise angesetzt und wird sich dann in Zukunft zu dem zu dem Grünzug der Kastanienallee öffnen.

Das sieht man auch hier in dieser piktogramatischen Darstellung. Das Campushaus wird dann, hat diese drei Module, die gruppieren sich um ein gemeinsames Foyer mit Werkhalle und die, das öffnet sich dann zusammen zu dem Grünzug. Genau, hier sieht man noch einmal die Funktionsverteilung. Beratung, sehr niederschwellig im Erdgeschoss leicht zugänglich angeordnet.

Das sieht man jetzt auf der linken Darstellung, die Werkhalle mit Bezug zum Grün und dann im Obergeschoss haben wir dann die Laborflächen, die sich auch aber zum Grünraum hin ausrichten aber auch so ein Fingerzeig nach Norden, das ist auch interessant für die Besucher, die von Norden kommen und das dann leicht sehen werden. Genau, einmal das Erdgeschoss. Hier noch einmal die Durchlässigkeit, auch das war uns auch wichtig.

Wir haben ja von Süden kommend auch den Blick die Kastanienallee hinauf und da wird man direkt durch das Foyer abgeholt im Zentrum und hat dann diese, die Bereiche, die sich dann zu dieser Grünfläche hin orientieren und öffnen. Auch in Sozialraum mit Küche, der sich dorthin öffnen kann und im Sommer Bestuhlung schaffen, sodass man wirklich sehr, sehr einladend ist, auch für alle Altersgruppen.

Genau einmal der Schnitt, vielleicht noch ein paar Worte zum Energiekonzept. Wir haben hier gemeinsam mit den Fachplanungen eine sehr nachhaltige und einfache Lösung versucht zu entwickeln. Wir haben hier angesteuerte Fensterflügel, entsprechende Heizung, die auch gesteuert wird. Wir haben Photovoltaik auf dem Dach, ein Gründach. Und aber der Haupthebel ist wirklich für die Klimabilanz, dass wir versuchen, diese Bauteile auch wieder in dem Campushaus wieder einzubauen und somit diesen Transformationsprozess, der hat halt vielschichtige positive Aspekte.

Genau. Leider klick ich immer falsch rum, weil die Pfeile andersrum sind. Genau, noch einmal das Obergeschoss mit den Laborbereichen, die sich dann auch um dieses zentrale Foyer gliedern und wieder den Sichtbezug nach Norden und Süden schaffen. Und eine Terrasse im Süden. Und durch diese Abstufung der Hauptbaukörper ist im Norden, an der Straße nach Süden wird es flacher, hat dann noch eine Dachterrasse, schafft man auch für diese Schulen und das Campushaus einen ganz neuen Stadtraum, der verkehrssarm ist und so einen richtigen Platz und so ein neues Zentrum an der Stelle auch kreieren kann. Genau hier sieht man jetzt mal ein paar Bilder dazu. Das ist dieser Empfang von Süden die Kastanienallee hochkommend. Auf der linken Seite im Bild hat man jetzt den Altbau und dann das Foyer des Neubaus und das Dach in Holzbauweise. Einmal die Schnitte und dann hier, einmal am Blick in diese Werkhalle, die sich über zwei Geschosse erstrecken wird, also eine doppelte Höhe hat, damit man da auch möglichst große Experimente bauen kann, die sich zum grünen Raum hin öffnet. Und dann einmal der Blick jetzt von Süden. Einmal haben wir eine Vogelperspektive noch erstellt, wo man dann wirklich den Blick hat, den Grünzug entlang, die Flachbauten im Grünzug mit dem, dort gibt es ja auch den Supermarkt, es gibt das Quartierzentrum, das Campushaus und dann die Wohngebäude, die dies rahmen. Und alles liegt entlang diesem Grünzug Kastanienallee, der in Zukunft auch gestärkt werden soll.

Frau Dr. Wünscher

Herzlichen Dank, Frau Müller-Puch. Möchten Sie gleich ergänzen Frau Schultze oder können wir erstmal in eine Diskussion einsteigen? Gut, dann gibt es Wortmeldungen aus dem Ausschuss heraus, ja. Herr Schiedung, Herr Vierkant und dann Herr Feigl. Bitte, Herr Schiedung.

Herr Schiedung

Also meine Anfrage richtet sich eher an die Verwaltung als an Sie, wenn das passt. Ansonsten können wir die Frage auch nochmal schieben. Es wurde erwähnt, dass Sie ja, dass einige Bauteile von dem Altbestand, schon also Schulen Interesse hatten, also die vorhandenen Schulen, diese weiter zu nutzen. Die Verwaltung frag ich mal. Ist auch denkbar, dass vielleicht sogar noch mehr Teile als nur vielleicht zwei, drei, vier vor Ort an anderen Schulen oder Einrichtungen weiter genutzt werden könnten?

Ist das überhaupt aus Kostengründen und auch aus technischen Gründen denkbar, sowas zu überlegen, mal ganz vorsichtig auszudrücken? Dass man die vielleicht, wenn die zurückgebaut werden, einlagert, vielleicht auch andere Schulen sagen, ich mache eine Kletterwand oder? Aus der Sekundarschule Fliederweg, die hatten mal so ein Fahrradprojekt und suchten auch noch irgendwelche räumlichen Möglichkeiten, also außerhalb. Ist sowas grundsätzlich denkbar?

Frau Dr. Wünscher

Frau Schultze.

Frau Schultze

Ja, also erstmal reden wir bei den Weiterverwendungen der Platten nicht nur von zwei, drei, sondern von ungefähr 40 Platten, die wir für das, für die Erweiterung des Christian-Wolf-Gymnasiums ja einplanen. Dort wollen wir sowohl als Fassadenmaterial, die nicht belasteten... Also, dazu müssen wir noch mal sagen, wir verwenden natürlich nur Materialien weiter, die nicht schadstoffbelastet sind. Sprich das sind die nicht tragenden Innenwände und die nicht gedämmten Außenwände, die an dem kalten Treppenhaus liegen.

Die sind nicht Schadstoff belastet, die können wir also weiterverwenden. Und ja, die verwenden wir auch relativ komplett weiter, sodass sich die Frage mit dem irgendwo Einlagern nicht stellt und Frau Müller-Puch hat da schon, wird vielleicht noch mal mehr dazu sagen, ja schon ausgeführt was auch die Schwierigkeit daran ist. Also diese Platten werden per Kran quasi runtergeladen. Die, die wir vor Ort noch benötigen, werden dann vor Ort

gelagert und der Rest wird quasi zerkleinert, ein Teil sogar auch fürs Gründungspolster mit verwendet und was nicht gebraucht wird, abgefahren.

Frau Dr. Wünscher

Frau Müller-Puch, oder? Das ist erstmal, ja gut, danke. Herr Vierkant bitte.

Herr Vierkant

Dankeschön. Ja, das Projekt begleitet uns ja eine ganze Weile schon. Wir hatten jetzt aufgrund dessen, was uns versprochen worden war von der Verwaltung, dass man dort wirklich in diesem sozial schwierigen Bereich, der ja auch stark migrantisch geprägt ist, entsprechend Berufsbildung schafft. Das hätten wir begrüßt. Das ist tatsächlich ein wichtiger Punkt, dass man entsprechend beschäftigungslose Leute oder Jemanden hat oder eine Gruppe, die halt im Zweifel, teilweise auch gering qualifiziert ist, in Arbeit bringt durch Bildung.

Leider hat der Besuch vor Ort, als wir dort die entsprechende Begehung gemacht haben, uns gezeigt, dass die Träger überwiegend soziale Träger sind, die entsprechend auf Betreuung aus sind, wenig auf Forschung und Bildung. Das sind dann die Passage 13, die jetzt schon ein Jugendclub sind, oder auch entsprechend andere Sachen, die da einfach auf sehr niedrigem Niveau laufen. Also, was uns dort präsentiert wurde, war mehr so... Experimente auf Kinderniveau. Das hat jetzt leider wenig mit Erwachsenenbildung oder halt entsprechend mit Fortbildungen für Berufsbildung zu tun.

Es ist schade, weil ansonsten, wir hätten es gerne dort gesehen. Unter den jetzigen Vorzeichen sehen wir es leider nicht ein, dass entsprechend die Kohlemittel, die ja dazu gedacht sind, dass entsprechende neue Arbeitsstellen geschaffen werden nach dem Kohleausstieg, dafür geschaffen werden, Beschäftigungstherapie dort vor Ort zu schaffen, die leider wenig berufsfördernd ist. Tut uns leid.

Frau Dr. Wünscher

Ich mache erstmal weiter in der Rednerliste. Und Herr Feigl und danach bitte dann Frau Brederlow zu den Dingen, die Herr Vierkant hier vorgetragen hat. Herr Feigl bitte.

Herr Feigl

Ja Dankeschön, Frau Vorsitzende. Das Projekt beschäftigt uns wirklich schon eine ganze Weile. Ich glaube, ich hätte nicht gezuckt heute, wenn nicht Herr Rebenstorf so einen langen Rechtfertigungsvortrag uns hier gebracht hätte. Es gab ja verschiedene Ansätze, aber die waren immer von außerhalb zu sagen, dass hier ist ein städtebaulich wichtiges Gebäude, mittlerweile Denkmal. Und vor allen Dingen eine ganz wichtige Landmarke für Halle-Neustadt besteht, die uns mit dem Projekt, so wie es jetzt umgesetzt wird, verloren geht.

Und die Gespräche, die ich auch vor zwei Jahren innerhalb der Verwaltung geführt habe, waren eigentlich immer davon geprägt, zu rechtfertigen, warum das nicht geht und sozusagen ein Bemühen in diese Richtung von Seiten der Stadtverwaltung, das Gebäude zu erhalten, habe ich eigentlich nie erkannt, in diesen zwei, drei Jahren, wie wir uns mit diesem Projekt hier beschäftigen. Also in dieser Phase, in dieser zweiten Phase.

Es gab früher mal eine andere Phase, wo eine Nutzungsstudie erarbeitet wurde, die noch unter Erhalt des Gebäudes stattgefunden hat. Aber, seitdem dieses Projekt mit dieser Förderkulisse da ist, war klar, es soll schnell umgesetzt werden und über weitere Nutzung war man nicht willens nachzudenken, sondern nur in Grunde genommen, Gründe zu finden, um diese abzuwehren. Das möchte ich so klar nochmal hier darstellen. Nicht, dass ein falscher Eindruck von der Stadtverwaltung an dieser Stelle entsteht.

Nichtsdestotrotz finde ich die Entwicklung, die es genommen hat, vor allen Dingen mit dem Büro Behnisch, bin ich also sehr positiv und ich freue mich wirklich auf die inhaltliche, auf die inhaltliche Umsetzung des Projektes und auch auf die bauliche Umsetzung und bin total gespannt darauf, wie das mit der Wiederverwendung von den Bauteilen passiert.

Das, finde ich, ist durchaus, was man so, also hier in Halle zumindest, noch nicht gesehen hat, und da bin ich wirklich echt gespannt drauf. Ich glaube, das wird ein tolles Projekt an dieser Stelle und ich glaube, dieser Entwurf ist auch wirklich richtig gut mit der einzigen Einschränkung, schade um das Hochhaus. Wären Sie früher im Boot gewesen, ich wäre mir sicher, wir hätten ein anderes Ergebnis gekriegt, aber so ist es an dieser Stelle. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Ja, danke für das Statement, Herr Feigl. Jetzt Frau Brederlow bitte zu den Inhalten von Herrn Vierkant.

Frau Brederlow

Ja, vielen Dank Frau Dr. Wünscher. Herr Vierkant, ich bin heute bewusst kurz geblieben in meiner Darstellung, weil wir ja hier im Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung sind und es um den Baubeschluss geht. Ich verweise, was die Inhalte angeht, noch mal auf den Grundsatzbeschluss, der gefasst wurde. Dort findet man umfänglich die Inhalte, die dort sein sollen, auch die Kooperationspartner. Ich bin, gebe ich zu, vorhin auf die vor Ort eingegangen, das sind aber nicht die einzigen Partner, die wir dort haben.

Wir haben beispielsweise die Handwerkskammer mit im Boot, wir haben die Papenburg AG mit im Boot als Unterstützer, wir haben wissenschaftliche Einrichtungen mit dabei. Und es geht hier tatsächlich, ich habe es vorhin auch gesagt, um Berufsorientierung, nicht um Berufsausbildung. Weil dann würden wir ja in die Bereiche, da hatte ich auch Gespräche mit der Handwerkskammer, genau das soll dort nicht stattfinden. Sondern die Vorbereitung von Menschen, um in eine Berufsausbildung oder Berufsausübung gehen zu können, also der Schritt davor.

Und davon haben wir gerade in Halle-Neustadt, und insbesondere in der südlichen Neustadt, sehr viele und müssen hier tatsächlich. Möglichkeiten bieten, die Fähigkeiten, die jeder Mensch hat, das ist mein Menschenbild, dass jeder irgendwelche Fähigkeiten hat, tatsächlich auch herauszufinden und zu entwickeln und mit demjenigen gezielt zu entwickeln.

Darum geht es. Und es geht am Ende um Berufsorientierung. Was ich im Bildungsausschuss auch schon gesagt habe. Die Mittel aus dem Strukturwandel sind mitnichten nur dazu da, alternative Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch um Fachkräfte hier im mitteldeutschen Raum zu entwickeln. Sie wissen um unsere demografischen Probleme, die wir haben. Das heißt, wir brauchen die jungen Menschen auch hier als Arbeitskräfte. Und müssen, können da nicht nur auf Zuwanderung oder ähnliches bauen.

Und wir haben auch hier in Sachsen-Anhalt, die Landesregierung Sachsen-Anhalt, in Person Dr. Haseloff, haben insbesondere darum gekämpft, dass auch Bildungsangebote, die zum einen das Umfeld verbessern und zum anderen aber auch Menschen dazu führen auch hier vor Ort zu bleiben und auch hier vor Ort vielleicht sogar her zu kommen aus bestimmten Gründen. Da dafür zu sorgen, weil im Strukturwandel geht es eben nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um Lebensqualität. Und das gehört mit Sicherheit mit dazu.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Frau Brederlow. Gibt es weitere Wortmeldungen zu dieser Beschlussvorlage? Ja, Herr Nistriple, bitte.

Herr Nistripke

Ja, es gibt ja im Prinzip zwei Aspekte. Wir haben vor allem den Bauaspekt. Der inhaltliche Aspekt spielt aber natürlich im Hintergrund auch eine Rolle. Zum Bauaspekt. Ich denke, dass man nach dem für das Hochhaus verschiedene Lösungsmöglichkeiten gesucht und nicht gefunden wurde.

Dass die jetzige Lösung durchaus, wenn es auch schade ist, dass es abgerissen wird zum großen Teil, durchaus sinnvoll ist. In dem Sinne finde ich, dass die Lösung gut ist. Ich habe eigentlich nur eine Frage, da ist ja unten im unteren Bereich viel Glas und so weiter und sofort. Ich sag mal, man könnte sich vorstellen, dass da auch Vandalismusschäden wären.

Gibt es da Vorkehrungen dafür? Oder dass das nicht passiert oder dass man das schnell reparieren kann, wie immer, oder Sicherheitsdienst? Wie auch immer. Der zweite Teil, der inhaltliche Teil, ich glaube, Frau Brederlow, Sie haben die Beteiligung der Kammern etwas geschönt dargestellt. Aber das ist jetzt nicht, da bin ich skeptisch, ob das den Erfolg bringt. Aber zum Bauteil würde ich erst mal diese konkrete Frage stellen.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Frau Müller-Puch bitte.

Frau Müller-Puch

Genau, das ist natürlich etwas, das haben wir immer hinsichtlich auch der Materialwahl im Blick, und dass wir einfach Materialien auswählen, die halt entsprechend robust sind und auch die, die dann ermöglichen, dass man sie auch wieder reinigt, sollte was passiert sein. Also da sind wir, haben wir immer einen Blick drauf, in den kommenden Planungsphasen, auch wird das weiter erörtert werden.

Und vielleicht noch, wenn ich mir erlauben darf, noch einen Satz zum Programm. Das ist wirklich ein sehr besonderes Programm und auch ein sehr robustes Programm. Und auch die Werkstätten, die wir dort vorsehen, das ist sehr hoch professionell. Also wir planen gerade auch parallel eine Handwerkskammer und das Campushaus steht dem nicht nach. Das bietet schon umfassende Möglichkeiten und vor allem haben wir es so konzipiert, räumlich auch, dass es auch Möglichkeiten der Entwicklung bieten kann.

Also es gibt jetzt diese Kooperationspartner, aber die Räume sind so gedacht, dass auch, sollten Neue dazukommen, gibt es eine Entwicklung im Bedarf, dass das auch hier abgebildet werden kann in Zukunft, das finde ich auch noch mal wichtig, einfach für das Projekt zu erklären.

Frau Dr. Wünscher

Danke Frau Müller-Puch für die Ergänzung. Ich frage jetzt noch mal in den Ausschuss hinein, gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Sehrndt, bitte.

Herr Sehrndt

Ja, vielen Dank. Ich muss noch mal auf meine vorgehenden Ausführungen im Bildungsausschuss und auch im letzten Planungsausschuss zurückkommen. Mir geht es natürlich darum, wie elegant das Haus weggefegt wird. Wir behaupten, es gibt keine Verwendungsmöglichkeit. Da muss ich alle Beteiligten fragen, ob sie mal am Zollrain 5 a waren und sich das angeschaut haben. Ja, das heißt, es gibt Verwendungsmöglichkeiten.

Es ist natürlich, wie wenn Sie mit einer Fuhre Bananen kommen, dann müssen Sie Kunden finden, das heißt, sie müssen Vertrieb machen, wenn so ein Haus ist. Das ist kein Vorwurf an die Stadt, die Stadt hat es sich nur jetzt aufgeladen. Aber das Land war froh, dass sie nach neun oder sieben Jahren, weiß ich nicht, nichts nutzen und nichts machen und nichts instandhalten, die das los wird und dann schnell eine Abrissgenehmigung nachreicht. Das

Frau Dr. Kreutzfeld bemängelte ebenfalls die Fahrbreite für Radfahrer. Es ist die Haupttrasse und eine andere Möglichkeit, dort langzufahren, gibt es nicht. Sie sagte, dass es erneut überprüft werden sollte. Sie fragte, warum man die Anordnung der Pflaster und Granitplatten verändert hat und die Verteilung des Asphalts nicht einheitlich ist. Des Weiteren fragte sie, wie verhindert werden soll, dass Autos dort lang fahren oder wild parken.

Herr Otto sagte, dass die Einmündung Hansering asphaltiert ist, da dieser Bereich mechanisch am stärksten belastet wird. Außerdem ist dort im Bereich des Fußweges eine barrierefreie Querung notwendig. Aus dem Grund kann das historische Pflaster dort nicht eingesetzt werden. Er erläuterte, dass Granitplatten und Pflastersteine verwendet werden, um Höhenunterschiede zu berücksichtigen. Die Altstadt ist eine verkehrsberuhigte Zone mit schmalen Straßen, in denen das Kfz-Aufkommen gering ist.

Da historische Pflaster ist ungeeignet für bestimmte Bereiche, während die Gestaltung der Fahrbahn und Parkplätze ebenfalls ein wichtiges Thema ist. Ein Kompromiss zwischen den Forderungen der Denkmalpflege und den Bedürfnissen des Radverkehrs ist erforderlich. Er sagte, dass Radfahrer auch auf den schmalen Straßen fahren können, auch wenn dies nicht immer optimal ist. Der gesamte Prozess der Abstimmung und Kompromissfindung ist zeitraufwendig.

Herr Jan Wagner sagte, dass kein Kompromiss in der Mitte gefunden wurde. Um sicherzustellen, dass etwas langlebig ist und die Verkehrserschließung effektiv verbessert, ist es wichtig, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen und sorgfältig vorzugehen. Die aktuelle Planung führt zu Konflikten der Verkehrsbeteiligten.

Herr Gernhardt stimmte dem zu. Er fragte, ob die Fußwege gepflastert sind und ob damit die Barrierefreiheit gegeben ist. Außerdem fragte er nach den Planungen für den Bestandsbaum an der Ecke Gustav-Anlauf-Straße/Großer Sandberg.

Herr Otto sagte, dass die Standortbedingungen für den Baum verbessert werden sollen. Man ist dazu in enger Absprache mit dem Fachbereich Umwelt
Zum Material am Kleinen und Großen Sandberg sagte er, dass es eine Mischverkehrsfläche ist. Fußgänger und Rollstuhlfahrer können auf der so genannten Fahrbahn verkehren. Das ist verkehrsrechtlich möglich.

Herr Raabe sagte, dass im Variantenbeschluss angeregt wurde, dass an der Ecke Gustav-Anlauf-Straße/Leipziger Straße Fahrradbügel installiert werden sollten. Er fragte, ob das weiterhin vorgesehen ist. Außerdem fragte er zum Bauzeitraum, der von 2026 bis 2028 angegeben ist. Nach seinem Wissensstand endet 2026 die Laufzeit der Sanierungssatzung für die Altstadt. Er fragte nach den Auswirkungen auf das Bauvorhaben.

Herr Schröter sagte, dass eine Verlängerung für dieses Bauvorhaben vorliegt.

Herr Otto sagte, dass es zu den Fahrradbügeln in der Ausführungsplanung weitere Abstimmungen geben wird.

Herr Schiedung sagte, dass er seine Nachfrage zurückzieht und alles Weitere im Stadtrat erläutert werden soll.

Herr Rebenstorf sagte, dass Fachfragen im Fachausschuss geklärt werden sollen.

Herr Schiedung sagte, dass zum Fahrbahnbelag ein Änderungsantrag gestellt werden soll, aber nicht in diesem Ausschuss. Dazu bedarf es der Abstimmung mit der Fraktion.

Er sagte, dass die unterschiedlichen Beläge ein Problem sind für die Fahrradfahrer. Es soll geprüft werden, ob es dafür noch eine andere Lösung gibt.

Frau Wünscher sagte, dass es ungünstig ist, wenn Änderungsanträge sehr kurzfristig eingereicht werden.

Frau Dr. Kreutzfeld sagte, dass man nicht auf einen Änderungsantrag verzichtet, damit es weniger Arbeit macht. Sie sagte, dass der Radverkehr immer hinten ansteht. Auch eine Vertagung ist denkbar, damit man noch einmal in Ruhe diskutieren kann.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass es natürlich ihr gutes Recht ist, dass Änderungsanträge auch zum Stadtrat gestellt werden. Bis zum Stadtrat werden allerdings keine neuen Unterlagen zur Beschlussvorlage erwartet.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Autoverkehr mitnichten bevorzugt wird. Die Denkmalschutzbehörde hat Auflagen erteilt. . Es ist eine Herausforderung, alle Interessen miteinander in Einklang zu bringen.

Herr Gernhardt fragte zu der zeitlichen Notwendigkeit für einen heutigen Beschluss.

Herr Mirko Wagner sagte, dass das Pflaster denkmalpflegende Substanz ist. Ohne denkmalrechtliche Genehmigung kann die Straße nicht saniert werden. Man ist gezwungen, einen Kompromiss zu finden.

Herr Vierkant bat die Verwaltung, bei Änderungen eine Kostengegenüberstellung vorzunehmen. Außerdem sagte er, dass die Schwellen problematisch sein können für Rettungsfahrzeuge.

Frau Dr. Kreutzfeld sagte, dass das kein Argument ist. Rettungsfahrzeuge fahren eher durch die Rathausstraße. In der Straße sollte eine Verkehrsberuhigung eingerichtet werden.

Herr Rebenstorf sagte, dass ein Baubeschluss gefasst werden soll. Der nächste Schritt ist der Vergabebeschluss. Dort ist die formale Prüfung erforderlich, ob die Vergabe korrekt durchgeführt wurde. Da wird nicht inhaltlich diskutiert. Es steht den Räten frei, zu vertagen. Allerdings läuft dann die Zeit davon.

Herr Dreher warb um Zustimmung für den Antrag.

Herr Gernhardt sagte, dass der Diskussionspunkt das Pflaster ist und fragte, wo die Grenze beim Denkmalschutz ist.

Herr Mirko Wagner sagte, dass das Maximum für die Radfahrer rausgeholt wurde. Die Lösung ist nicht einhundertprozentig zufriedenstellend. Es gab dazu viele Gespräche.

Herr Jan Wagner sagte, ob man mit der Denkmalschutzbehörde nochmal in Gespräche gehen kann. Er fragte, welches Regelwerk die 1,60 m vorschreibt.

Herr Mirko Wagner sagte, dass die Sicherheitsräume außerhalb des glatten Bereiches gelegt werden können.

Herr Otto erläuterte die Aussagen zum Denkmalschutz. Er sagte, dass man nochmal mit der Denkmalschutzbehörde in ein Gespräch gehen möchte.

Frau Dr. Kreutzfeld sagte, dass das eine der Haupttrassen ist. Es muss möglich sein, eine vernünftig befahrbare Trasse zu finden, die vom Norden zum Bahnhof führt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Dr. Wünscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt den Ausbau der Gustav-Anlauf-Straße/Großer Sandberg/Kleiner Sandberg mit einem Wertumfang von 3.180.000 Euro.

**zu 5.3 Bebauungsplan Nr. 198 Quartiersentwicklung Liebenauer Straße -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VIII/2025/00770**

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diese Tagesordnungspunkte ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Wünscher

Wir kommen zum Punkt 5.3. Das ist der Bebauungsplan Nummer 198, Quartiersentwicklung Liebenauer Straße, Beschluss zur öffentlichen Auslegung. Es wird sicher auch zu dieser Beschlussvorlage sehr viele Nachfragen geben. Wir haben Gäste heute im Ausschuss. Das ist der verantwortliche Architekt, Herr Brambach und Herr Dr. Neumeister, die, wenn es Bedarf gibt, Rede und Antwort stehen können. Und damit das möglich ist, beantrage ich jetzt das Rederecht für Herrn Brambach und Herrn Dr. Neumeister.

Wer ist damit einverstanden, dass die beiden Herren das Rederecht erhalten? Das sind alle. Gut Dann können wir in die Diskussion eintreten. Herr Rebenstorf wird kurz einführen und dann können die beiden Herren weitere Ausführungen machen, wenn gewünscht.

Herr Rebenstorf

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Ich werde ein paar Sätze sagen. Danach kurz an Herrn Schröter geben, der noch mal zum Planverfahren was sagt. Und Herr Dr. Neumeister und Herr Brambach hätten dann immer noch die Möglichkeit, zu ihren Entwurfsgedanken auszuführen. Ein Urbanes Gebiet, mitten in der Stadt. Von außen relativ schwach wahrnehmbar, da wir eine sehr gute geschlossene Blockrandbebauung noch haben, sowohl entlang der Merseburger Straße als auch der Liebenauer Straße. Diagonal schneidet die Hafentrambahn durch und trennt das Areal damit in grob zwei Bereiche.

Einmal den jetzt zu entwickelnden Teil, einschließlich dem Supermarkt REWE, der dann auch neu gebaut wird. Und einmal in den Bereich des Autohauses Huttenstraße. Den Gesamtumfang sehen Sie ja in den Plänen, beinhaltet auch das Autohaus. Und wie gesagt, auch den Bereich des REWE. Ja, das reicht so. Also vielleicht noch eine weiter, eine weiter, vielleicht noch. Genau, hier sehen Sie es ein bisschen besser.

Die Festsetzung im textlichen Teil kann sich ja jeder selber durchlesen. Also, hier sehen Sie noch mal den Gesamtumfang. Unten überwiegend das Autohaus, in der Mitte schneidet leicht diagonal die Hafentrambahn durch, oben links die Sonderfläche für den Supermarkt. Und die große Fläche im Innenbereich, wo die Stadt nie wirklich weiter gebaut wurde. Man sieht noch

die Anschlusspunkte in der Lauchstädter Straße im Norden, wie die Gründerzeit vor reichlich 100, 120 Jahren fast zum Ende gekommen ist.

Es lag lange Zeit brach und irgendwann kam vor einiger Zeit Herr Brambach und Herr Dr. Neumeister zu uns und haben einen Entwurf präsentiert. Wir haben sehr intensiv diskutiert, auch über Dichte, Dichte im Innenstadtbereich, auch über eine Höhenentwicklung. Kann man immer diskutieren, kann man immer anderer Meinung sein. Aber wir sind genau dazu da, wie ich vorhin schon sagte, Konsens und Kompromisse zu finden, aus verschiedensten Interessen unterschiedlichster Art.

Und jeder hat die Möglichkeit, mit seinen Interessen hier zu uns zu kommen und sie zu präsentieren. Dafür führen wir auch ein Planverfahren durch. Und weil es gerade auch um die beiden Hochpunkte entlang der Hafentbahn ging, haben wir genau diese Diskussion in den so genannten Planwerkdialog urbane Innenstadt mit aufgenommen. Diesen Gesamtumgriff, der sich nicht nur auf dieses Planareal, sondern entlang der Hafentbahn Thüringer Bahnhof bis zum Hauptbahnhof, Riebeckplatz und RAW-Gelände, erstrecken.

Weil, das sind tatsächlich die großen zusammenhängenden Flächen, die wir im Innenstadtbereich noch haben. Wie ich vorhin sagte, wo die Gründerzeit sich nie richtig entwickelt hat. Also, klassische Blockrandbebauung durchgezogen, wie man es aus dem Paulusviertel kennt. Und gleichzeitig die Überlagerung mit den gewerblichen Nutzungen, von denen sich viele im Hinterhof mittlerweile aufgelöst haben.

Es ist ein Vorschlag, der in sehr langer Diskussionen gefunden wurde, weil wir wussten, wenn wir das umsetzen und wenn wir dafür Lösungen finden müssen, werden die Diskussionen nicht einfach. Egal ob das jetzt der Investor des Bereichs mit dem Supermarkt war oder die Abstimmung, die mit dem Autohaus getroffen werden mussten. Gutachten, die auszuwerten waren und auf dem Weg zu bringen sind, dass genau diese Formen, wie ich finde, doch sehr markante Form der Bebauung, möglich sein wird.

Herr Schröter wird gleich noch was zum Planverfahren sagen zu den Bildern, die Sie auch aus den Animationen kennen. Es geht hier nicht um Architektur. Es geht hier rein um Städtebau. Im B-Plan Verfahren setzen wir, schlicht und simpel ausgedrückt, Länge, Breite, Höhe der Volumenkörper fest. Die konkrete Ausgestaltung der Architektur findet zu einem anderen Zeitpunkt statt. Sie müssen sich das so ähnlich vorstellen wie beim Projekt der GWG am Böllberger Weg. Da hat der Stadtrat weitgehend vor unserer Zeit einen B-Plan gefasst, in dem er die städtebauliche Struktur festgelegt hat.

Die konkrete Architektur hat in dem Fall die GWG durch, ich glaube drei, wenn nicht sogar vier, wenn man die Altbauten noch mitrechnet, also mindestens aber drei Architekturwettbewerbe, dann ermittelt und auf dieser Basis dann umgesetzt. Und so ähnlich wird es hier auch laufen. Ich werde jetzt, Frau Vorsitzende, gleich nahtlos an Herrn Schröter abgeben, so dass Herr Schröter zum Planverfahren noch ausführen kann und dann Herr Neumeister, Herr Brambach, entscheiden Sie, wie Sie noch ergänzen möchten. Vielen Dank.

Herr Schröter

Ja, vielen Dank Herr Rebenstorf. Wie soeben schon angedeutet, wir haben eben nicht den vorhabenbezogenen Bebauungsplan, sondern ein Angebotsbebauungsplan an dieser Stelle, den wir Ihnen heute zu Beschlussfassung vorlegen. Dieser Bebauungsplan ist im Vollverfahren entwickelt worden. Das bedeutet eben, dass in zwei Schritten auch die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange erfolgt. Im Sommer 2021 erfolgte die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, aber auch der Träger öffentlicher Belange.

Die Hinweise, die aus dieser Beteiligung bei uns eingegangen sind, wurden zusammengefasst, wurden entsprechend sortiert und bewertet, teilweise auch in der Planung berücksichtigt und umgesetzt. Beispielsweise bei Aspekten des Artenschutzes oder auch hinsichtlich der Zugänglichkeit vom Norden. An der Stelle auch noch mal kurz die Ausführungen. Wir bewegen uns hier circa zwei Kilometer südlich des Stadtzentrums.

Das ist der Klassiker, wenn es darum geht, die Innenentwicklung sozusagen zu betreiben. Das heißt, wir bewegen uns hier auf einer Brachfläche, die eben einer geordneten, städtebaulichen, sag ich mal, Entwicklung zugeführt werden kann über diesen Bebauungsplan, den wir hier entwickelt haben. Und dazu gehört natürlich zum einen eine Nutzung, die wir dort integrieren, über das Urbane Gebiet, die sowohl Wohnen und Gewerbe ermöglicht, bestmöglich den vorhandenen Bestand reflektiert und aufgreift.

Aber neben der eigentlichen baulichen Verdichtung, im Sinne der doppelten und dreifachen Innentwicklung, eben auch das Thema des Grünraums und der Freiflächengestaltung, insbesondere im Kontext der, sag ich mal, des Klimawandels, der Klimafolgenanpassung und des Klimaschutzes entsprechend über seine Festsetzung an der Stelle auch berücksichtigen kann. Dazu auch nur ganz kurz erwähnt. Es sind eben auch Aspekte des, sag ich mal, der Schwammstadt oder eines Regenwassermanagements an der Stelle berücksichtigt.

Die Details folgen dann entsprechend über Herrn Brambach. Es ist ebenfalls möglich, dass auf den Dachflächen eine Photovoltaik installiert werden kann, ohne dass wir hier eine Photovoltaikpflicht haben. Und wir haben insbesondere auf den Dächern, beziehungsweise eben auf den Flächen oberhalb der Tiefgaragen, Festsetzungen getroffen, für eine intensive Begrünung. Das heißt, wir haben da Festsetzung differenziert auch nach den unterschiedlichen Örtlichkeiten, die bis zu 60 Zentimeter auch Aufbausubstrat an der Stelle vorschreiben. Und wir haben als einen wesentlichen Aspekt, den wir hier auch berücksichtigen können, 15 Prozent der Fläche, die in den Wohnbauflächen zur Verfügung steht, auch so hergerichtet und hergestellt werden müssen, dass sie über die soziale Wohnraumförderung an der Stelle auch gefördert werden können. Das sind wesentliche Planungsaspekte und Planungsparameter, die ich kurz umreißen wollte. Bevor wir jetzt im weiteren Schritt noch mal detailliertere Ausführung zum zu den Gedanken und zu den Konzepten erfahren werden. Vielen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Ja. Herr Brambach, Herr Dr. Neumeister. Möchten Sie weiter dazu ausführen oder wollen Sie erst die Diskussion abwarten? Bitte an das Mikrofon.

Herr Dr. Neumeister

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Vielen Dank. Ich will eigentlich nur ganz kurz dazu ein kleines Statement abgeben, weil dieses Planprojekt, also die Planung ist ja in Ihrem Kreis schon vorgestellt worden. Wir hatten ja mehrfach Gelegenheit, das vorzustellen, so dass ich mich also in dem Element oder in den allgemeinen Dingen nicht verlieren will. Sondern möchte nur sagen, dass wir seit vielen, vielen Jahren daran arbeiten, dass wir dem urbanen Gedanken verpflichtet sind und der Gesetzgeber uns auch die Grundlage dafür gibt, nach Paragraph 6a, Baunutzungsverordnung. Und ich als Hallenser fühle mich auch, sozusagen, der Entwicklung einer modernen Stadt verpflichtet, die zukunftsorientiert ist und die genau längs der Nord-Süd-Linie Merseburger Straße, beginnend beim Zukunftszentrum, dem Riebeckplatz, Thüringer Bahnhof etc. eine Modernität erhält, die dann die Stadt Halle auch im Wettbewerb mit anderen Städten bestehen lässt. Ich danke Ihnen.

Frau Dr. Wünscher

Danke Herr Dr. Neumeister. Herr Brambach wollte erst mal nicht. Wir steigen jetzt in die Diskussion ein und dann wird sich das vielleicht ergeben. Herr, Sie waren zuerst. Herr Dreher, ja. Herr Dreher bitte und dann Herr Hänsel und dann Herr Feigl.

Herr Dreher

Ja, ich möchte zwei Punkte anmerken. Herr Neumeister wird sie auch schon kennen. Das eine ist, ich bin da sehr unglücklich zu der Dimension des öffentlichen Platzes, oder wie es... wie die Agora, wie ich gelernt habe. Weil die mir viel zu klein erscheint, was die Durchlüftung des gesamten Gebietes ist, vor'm Hintergrund dieser kompakten Bauweise. Und vor dem Hintergrund, dass wir hier eine Windrichtung von Westen her haben, sehe ich hier große Probleme in Hitzesommern, dass sich hier auch die Lebens- und Wohnqualität nachteilig auswirkt.

Also deshalb. Ich würde mir wünschen, noch mal zu prüfen, den Platz wirklich zu vergrößern und von mir aus auch zugunsten der Höhenentwicklung, das die Untergeschossfläche gleich bleibt und die Höhenentwicklung möglicherweise an anderer Stelle noch was draufkommt und den Platz zu erweitern. Weil ich sehe, das ist Punkt eins eben, dass die Probleme der Ventilation in diesem Gebiet bei heißen Sommertagen, die wir auch immer mehr bekommen. Und Klimaanpassung wurde ja gerade genannt.

Und da sehe ich jetzt in diesem Entwurf nicht unbedingt die Anpassung, die wir eigentlich brauchen. Punkt zwei, und das wird immer wieder belächelt, ich komme aber trotzdem aber damit, das ist der Punkt Artenschutz. Wir haben hier Hochpunkte. Wir haben hier begrünte Dachwände und Dachflächen und ich würde mir sehr wünschen, wenn es, wenn es auch nicht mehr als fest in die Festsetzung reinkommen kann, aber bei der späteren Bauplanung zu berücksichtigen, dass gerade in den höheren Gebäuden Maßnahmen für Mauersegler, Turmfalke, Fledermäuse eingerichtet wird.

Weil das sind Tiere, die auch zur Stadt Halle gehören und die auch eben auch weniger werden. Und gerade solche höheren Gebäude bieten sich an, auch denen einen Lebensraum zu schaffen, mit entsprechenden Hilfen. Vor dem Hintergrund, dass sie sich natürlich bei der Kompensation einen sehr schlanken Fuß gemacht haben, muss ich sagen. Das ist zwar alles richtig, aber was sie da kompensieren, ist natürlich ein Witz in dem Verhältnis, was da wirklich verbaut wird. Sie haben sich natürlich zurückgezogen auf die rechtlichen Grundlagen, dass natürlich verschiedene Sachen nach 34 behandelt werden.

Und da kein Eingriff möglich ist, und so weiter, oder wirklich nur einen ganz winzigen Teil zu kompensieren, versuchen die Kompensation für so ein riesiges Bauvorhaben nur an Ort und Stelle passen soll. Das hatten wir glaube ich so auch noch nicht, dass wir hier ohne externe Maßnahmen auskommen. Ist so wie es ist, muss man akzeptieren, aber vielleicht denkt man noch mal über die Artenschutzmaßnahmen nach. Das war es für mich.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Dreher. Herr Brambach, möchten Sie sich dazu äußern? Dann, bitte, Herr Brambach.

Herr Brambach

Bin ich zu hören? Ja, also. Ich bin auch froh, Frau Vorsitzende und meine Damen und Herren, dass wir die Gelegenheit hatten, schon verschiedentlich diese Maßnahme vorzustellen. Und bin auch gern bereit, Fragen zu beantworten. Soll ich jetzt sofort reagieren? Diese Entscheidung ist ganz bewusst gefallen, dass wir einen städtischen Raum bilden, der tatsächlich über gewisse Qualitäten verfügt, der auch Enge erzeugt, damit die Bevölkerung, die diesen Raum eines Tages bevölkern soll, sich auch wiederfindet und nicht auf riesigen Plätzen.

Ich weiß, dass es da unterschiedliche Auffassungen gibt, nicht auf riesigen Plätzen verloren erscheinen, sondern da ist Kommunikation gefragt. Das sind Gegebenheiten da, dass die Leute tatsächlich in engen Kontakt stehen können. Trotzdem haben wir es geschafft, dort die Feuerwehruzufahrten, Grünflächen, das berühmte Thema Schwammstadt, Regenrückhaltung auch Freiraumqualität, in einer gewissen Form zu realisieren. Ob dieses Thema Durchlüftung hier das entscheidende Thema ist, kann ich nicht beurteilen.

Ich bin kein Spezialist auf dieser Strecke und muss sagen, wir wollen mit dieser Maßnahme eine öffentliche Fläche erst mal erzeugen. Das heißt nicht, dass es Querverbindungen auch geben kann und damit auch West- Ostverbindungen entstehen. Das heißt auch nicht, dass die Bebauung so strukturiert ist, dass dort harte Kanten ausschließlich vorhanden sind, sondern da wird es Öffnungen geben.

Das liegt aber in der weiteren Planung. Da könnten wir jetzt noch nichts dazu sagen. Außerdem kommt dazu, dass der gesamte südliche Bereich mehr oder weniger vom Bebauung freigehalten ist und auch der westliche Bereich dort, wo der Parkplatz vom REWE-Markt ist, wird ja auch, bis auf ein paar Bäume, von Bebauung freigehalten. Vielleicht erst mal so viel dazu.

Frau Dr. Wünscher

Danke Herr Brambach. Ich mache in der Rednerliste weiter. Herr Hänsel, bitte.

Herr Hänsel

Ja, sehr geehrte Damen und Herren. Zu dem Plan selber würde ich gar nicht viel sagen. Ich finde, den recht gelungen und ich weiß auch, dass Bebauungspläne sehr sehr komplexe Gebilde sind und es fällt uns als Stadträten oder als sachkundigen Einwohnern eigentlich schon dem Grunde nach schwer, dort überhaupt eine Gesamtbeurteilung vorzunehmen. Man kann einzelne Aspekte betrachten. Aber man sieht die Einflüsse aller Aspekte, weil da so viel Arbeit und so viele Einflüsse drinstecken, dass es eigentlich nicht möglich ist. Deswegen muss man noch mal ein bisschen vorsichtig sein mit der Beurteilung solcher Bebauungspläne, in dieser überschaubaren Form, wie wir das überhaupt nur leisten können. Ein Thema bewegt mich aber trotzdem. Sie kennen das schon und es ist auch unvermeidlich, dass ich es wieder anspreche, auch wenn es nervt, ist die Laufzeit von diesen Plänen. Wir haben wieder einen Bebauungsplan, dessen Aufstellungsbeschluss Ende 2019 gefasst worden ist und meine Damen und Herren, wir sind ja nicht fertig. Wir beschließen heute keinen Bebauungsplan. Wir beschließen die Offenlegung eines Entwurfs.

Die Entwurfsphase ist beendet. Der Plan ist noch lange nicht fertig und das nach fünfeinhalb Jahren. Da muss man und da müssen wir was tun. Das kann so nicht bleiben und es ist, jeder mag meinen, das ist ein großes Areal, das ist es eigentlich nicht. Es ist aus meiner Sicht auch nicht kompliziert. In dem Sinne, weil ein Großteil des Areals ist ja bebaut und wird sich nicht ändern. Da brauch ich eigentlich nichts dran zu tun, außer den Status Quo zu etablieren.

Und der innere Bereich, der nicht bebaut ist, der war halt zu beplanen. Der ist irgendwie um die 20.000 m² groß. Das ist nicht wirklich groß in städtischen Verhältnissen. Und dafür brauchen wir anderthalb Jahre bis zur frühzeitigen Beteiligung, Mitte, also nach anderthalb Jahren lagen die Ergebnisse vor. Und dann vier Jahre, um den Entwurf aufzustellen und jetzt ein Offenlagebeschluss zu fassen.

Wenn man sich diese Zeiträume vor Augen hält, muss man sich fragen. Wann ist das Ding fertig? Wie lange brauchen wir jetzt bis zum Satzungsbeschluss. Noch mal fünf Jahre? Also das sind Zeiträume, rein von der Abfolge her, von den rechtlichen Rahmenbedingungen, kann ein Bebauungsplan in anderthalb bis zwei Jahren entstehen. Kann er. Und wir brauchen viereinhalb Jahre bis zur Offenlage. Entwurfsphase zu Ende.

Und das ist nicht das erste Beispiel, was wir an dieser Stelle haben. Ich weiß, Herr Rebenstorf, wir werden am Freitag dazu uns austauschen können. Ich werde auch da sein. Aber jeder Bebauungsplan, den ich bisher hier gehabt habe, hat dieses Problem, dass sie einfach zu lange laufen. Und damit kriegen wir keine Stadtentwicklung hin. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Es ist ja heute so, dass der Architekt und der Investor da ist. Meine Bitte wäre, an Herrn Brambach und Dr. Neumeister, dass sie mal Ihre Erlebnisse schildern, die Sie mit uns hatten, die Sie mit mir persönlich hatten. Ich will hier keine Einflussnahme haben. Wir können gerne offen und ehrlich sagen, wie sie die Jahre empfunden haben, mit der Planung und wie wir zu dem Ergebnis gekommen sind, wie wir heute hier und jetzt dastehen. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Ja, dann Herr Brambach und Herr Dr. Neumeister bitte. Klären Sie uns auf.

Herr Brambach

Der Herr Hänsel spricht uns in gewisser Weise aus der Seele. Wir haben schon sehr frühzeitig versucht, Investoren zu konsultieren für dieses Vorhaben, hatten sehr gute Gespräche. Dann kam natürlich die Corona Zeit dazwischen, das hat das Ganze auch wieder nach hinten geworfen. Ich brauch Ihnen nicht zu sagen, die Gespräche, die wir vor Jahren geführt haben, die sind alle obsolet.

Wir fangen jetzt wieder von vorn an. Allerdings muss man natürlich auch sagen, da sind eine Vielzahl von Gutachten eingeholt worden. Ich weiß im Detail nicht, was alles gemacht wurde. Ich weiß nur, dass wir hin und wieder entsprechende Hinweise gekriegt haben. Dass zum Beispiel die Tiefgaragenzufahrten geändert werden mussten, weil der Verkehr ja komplett aus diesem, also der Anwohnerverkehr, komplett aus diesem gesamten Gebiet rausgehalten werden sollte.

Wir mussten Schallschutzemissionen verschiedentlich noch mitberücksichtigen und eine Vielzahl mehr. Also, eine Beschleunigung wäre sehr hilfreich gewesen. Ich weiß nicht, was man hätte machen müssen. Da stecken wir nicht in den Verwaltungsabläufen drin, um das so klar einschätzen zu können.

Frau Dr. Wünscher

Danke Herr Brambach. Herr Dr. Neumeister, möchten Sie ergänzen?

Herr Dr. Neumeister

Ja, wenn ich ganz kurz ergänzen darf. Also, sehr erfreulich waren die letzten anderthalb Jahre. Sagen wir mal so. Wir haben einen wirklich sachlich kritischen und ja, fachlich fundierten Dialog mit der Stadtverwaltung gehabt. Also, das muss ich einfach mal bestätigen. Dennoch, was Herr Hänsel sagte, trifft natürlich den Nagel auf den Kopf. Ich fang mal ganz vorne. 1994 begann meine Beschäftigung mit diesem Grundstück. Dann hat die Stadt oder das Land illegal, die Konsumbäckerei über unser Grundstück entsorgt.

Das haben wir gar nicht gemerkt. Dann gab es noch Wildwuchs, es gab Insolvenzen, es gab Vandalismus und ich musste mit meiner Familie, das sind ja keine Investoren, wie das jetzt gesagt wurde, sondern wir sind die Eigentümer. Und wir sind auch keine Entwickler, also kein Bauträger und nichts. Und dann haben wir zu Feiertagen, meine Frau und ich, noch Subotniks verabredet, damit wir mit den Garagen, ein bisschen nostalgischen Garagenbesitzern, da noch zurande kamen. Lange Rede, kurzer Sinn.

Sehr vielschichtig diese ganze Geschichte und leider mit Beginn. Es war ja nicht erst 2019, sondern das ging vorher los, 2012. Da haben wir uns schon hier in der Stadt beschäftigt mit dem Projekt. Es gab einen studentischen Wettbewerb. Es gab dieses und es gab jenes, es gab ein Hin und ein Her. Es gab personelle Wechsel. Es gab permanente Unterbesetzung. Und das habe ich nur deshalb erliden können, weil ich eben halt kein Bauträger bin. Ich wäre ja schon dreimal in die Insolvenz geraten. Das heißt, ich kann mir das leisten.

Wir haben sehr viel investiert, sehr viel, also nicht leisten finanziell, sondern ich meine, ich kann mir das zeitlich leisten. Weil wir sehr viel Vorbereitung gemacht haben. Wir haben sehr viel abgeräumt. Wir haben sehr viel Geld aufgewandt, um den Status Quo, wie er jetzt sich jetzt tatsächlich darstellt, zu erreichen. Immer begleitet von der Stadtverwaltung. Ich will hier niemandem sagen, er hat geschlampt oder irgendetwas.

Wenn ich das so salopp sagen darf. Aber, die Zähflüssigkeit dieses Verfahrens, das spottet wirklich jeder Beschreibung. Und das ist jetzt nicht verbunden mit dem Vorwurf. Ich bin mit der Arbeit von Herrn Schröter und Herrn Rebenstorf und Herr Panian hochzufrieden, ist keine Frage. Weil, die gehen von einer objektiven Position aus und das hat uns mitgetragen, das will ich sagen. Aber, der Bestand, den Sie und der Zustand, den Sie beschrieben haben, der muss sich ändern. Weil, das geht gar nicht.

Wir hatten eigentlich damit gerechnet, noch nicht wissend, dass Corona kommt, dass wir genau in diesem Jahr mit dem B-Plan fertig sind. Ja und jetzt sind wir im Jahr 2025 und laufen vielleicht noch Gefahr, irgendwelche Verlängerungen, Limitationen hier zu erleben, die dann das Jahr 26 oder 27 uns festschreiben lassen. So, herzlichen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Dr. Neumeister. Herr Rebenstorf möchte sich nochmal dazu äußern.

Herr Rebenstorf

Ja, meine Damen und Herren. Im Grunde genommen haben Herr Brambach und Herr Neumeister das beschrieben, was wir auch erleben. Es sind komplexe Bauvorhaben, die sich über verschiedenste Planungsstadien hinaus hinziehen. Die Gutachten sind zwingend notwendig, wenn man diese Masse haben will und dazu diese Baumasse, Herr Brambach, da haben wir glaub ich auch ausführlich diskutiert. Hochpunkte ja nein, Dichte ja nein.

Was Herr Dreher aufgezählt hat, muss ich fast sagen, kann die Agora nicht ein Stück größer sein an der Stelle.

Und das macht es unterm Strich nicht einfach. Dass wir ein personelles Problem haben, habe ich, glaub ich, mehr als einmal signalisiert. Dass wir einen Generationenwechsel hatten. Das ist das, was Herr Dr. Neumeister beschrieben hat. Wechselnde Bearbeiter, ja. Jeder von Ihnen kann gerne sich die Mitarbeiterliste angucken.

Da ist kein Fachbereichsleiter mehr, mit dem ich vor drei Jahren begonnen, es ist keiner der drei Fachbereichsleiter mehr, mit dem ich vor sieben Jahren begonnen hatte. Es sind fast alle Abteilungsleiter altersbedingt durch Nachfolgeregelungen zu ersetzen gewesen. Das gleiche gilt auch auf der Sachbearbeiterebene. Und das ist immer diese Schwierigkeit, dass damit auch das Wissen und die Information geht und sie fangen dann teilweise tatsächlich wieder von vorne an.

Wenn sie mit anderen Leuten wieder in einen Planungsprozess eintreten müssen. Es gibt nicht den einen Grund, der am Ende dazu führt. Ja, die Pandemie kann man auch noch mit aufzählen. Da waren etliche, etliche Investoren gewesen, denen wir am Ende

hinterhergerannt sind und gesagt haben, ihr geht jetzt bitte nicht, ihr bleibt. Nur die Frage stellt dummerweise nie einer, dass das auch noch mit da reingehört.

Wo die Verwaltung dann zusehen musste, dass uns die Leute nicht von der Stange gehen und wir trotzdem noch die Projekte, wenn sie dann am Ende auch zwei oder drei Jahre länger gedauert haben, trotzdem noch umgesetzt kriegen. Und wenn man so was haben möchte, so eine komplexe Planung in dieser Dichte, sind die Gutachten, weil ich nehme immer wieder wahr, dass die Gutachten so das Schlimme an unserem Planverfahren sind.

Nein, die Gutachten dienen dazu, um viele Fragen, die hier auch immer wieder gestellt werden, die auch in Bürgerdialogen gestellt werden, fachlich, teilweise auch wissenschaftlich, fundiert zu untermauern. Schwarz auf weiß darzulegen und zu sagen ja, das ist es. Und wenn wir uns daran halten, kriegen wir so ein Bauvorhaben am Ende und wir hoffen jetzt, wenn die Offenlage dann gelaufen ist, relativ gut auch durch die Offenlage dann durch. Für solche Projekte in der Größenordnung es ist keine normale Einfamilienhaussiedlung.

Jetzt können wir uns bei der Infoveranstaltung am Freitag dann angucken. Wenn es um die klassischen Einfamilienhäuser geht, ich sag mal, die fast von der Stange fallen, ist es einfacher, da sind die Verfahren auch schneller beherrschbar gewesen. In dieser Lage ist es halt nicht nur ein paar Quadratmeter Gebäude dorthin zu zeichnen. Es ist diese Komplexität, die am Ende zusammenspielt, die diese Verfahrensdauern mit sich bringt. Vielen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Rebenstorf. Ich habe gehört, wir können jetzt guter Hoffnung sein, dass es in Zukunft schneller geht. Und jetzt in der Rednerliste Herr Feigl. Bitte.

Herr Feigl

Ich würde dann ganz gerne wieder inhaltlich reingehen, nicht an den Zeitabläufen mich abarbeiten. Wir hatten ja schon einiges an Vorgesprächen, ist in verschiedenen Gremien auch im Vorlauf schon mal vorgestellt worden. Deswegen muss man nicht ganz von vorne anfangen. Ich würde ganz gerne, was sozusagen die Massivität und die überbaute Fläche und die Auswirkung auf Umwelt und umliegende Bebauung anbelangt, zwei Sätze zitieren aus der Vorlage.

Das eine ist vom Dienstleistungszentrum Klimaschutz, heißt, glaube ich, jetzt anders. Aufgrund der Vorprägung des aktuell unbebauten inneren Bereiches, welches immer noch nahezu voll versiegelt ist, sowie der abgeschirmten Wirkung der Blockrandbebauung, ist die mikroklimatische Situation bereits im Ist Zustand als ungenügend anzusehen. Durch die aktuelle Planung an Dach und Fassadenbegrünung wird mindestens keine Verschlechterung der Situation erwartet.

Es ist zu fragen, ob das der Anspruch ist, den wir haben sollten, bei solchen Vorhaben. Und das zweite ist interessant und das ist habe ich auch, also, ich habe ja schon viele, viele Familienverträglichkeitsprüfungen gelesen. Die waren noch nie ablehnend. Das habe ich noch nie erlebt bisher. Aber hier ist es durchaus so. Familienverträglichkeit, der Vorlage, dieses im Ergebnis abgelehnt wurde.

Und zwar, die Gründe sind Gefährdung der Sicherheit durch, dass viele Ausfahrten im Bereich Liebenauer Straße, Hafenstraße, fehlende Abgrenzung zwischen Fußwegen und verkehrlicher Erschließung und die mangelnde Einbindung der fehlenden, und fehlende Erweiterung der Begrünung der Hafentrasse. Das sind sozusagen die Argumente, die ich eigentlich nicht besser sagen kann, was sozusagen die Überforderung des Gebietes anbelangt, was die Dichte der Bebauung anbelangt.

Ich hätte ganz gern noch zwei Verständnisfragen. Und zwar, im TG 3. Das ist, also Teilgebiet 3. Das ist der Bereich, wo der Supermarkt erneuert werden soll. Dort ist im Plan eine Zweigeschossigkeit angegeben. In der textlichen Festsetzung gibt es da eine Abweichung, abweichende Aussage dazu. Ich versuche mal ganz schnell dahin zu... TG 3 - dort wird eine Fünfgeschossigkeit mit einem Sternchen angegeben. Sternchen heißt abweichende Höhenfestsetzung, beziehungsweise Geschosszahl –in der Planzeichnung. Aber Einschriebplanzeichen ist ja die zwei Geschosse.

Das wundert mich ein bisschen. Anmerkung von mir dazu. Also, ich könnte mir an dieser Stelle mehr als eine Zweigeschossigkeit vorstellen, nämlich die zumindest mit dieser gründerzeitlichen Blockrandbebauung korrespondiert. Da braucht es eigentlich mehr. Es ist sowieso ein völliges Unding, dass alle Supermarktbesitzer, Bauerhersteller auf einem Flachbau mit einem Riesenparkplatz setzen.

Eine riesige Platzverschwendung von wichtigem innerstädtischen Gut. Ich finde das auch betriebswirtschaftlich, finde ich das eine völlige Fehlkalkulation. Ich weiß nicht, was die machen aber hier ist ja zumindest ansatzweise schon mal vorgesehen, dass der Supermarkt sozusagen die Blockrandbebauung schließen soll. Dafür ist die Baulinie festgelegt, ja, die Baulinie festgelegt, die sozusagen bis nach vorne rückt. Das finde ich sehr, sehr gut.

An dem Plan, da würde ich mir auch wünschen, bisschen mehr Aufstockung. Im Inneren könnte man ein bisschen abspecken. Die Frage, warum steht hier einmal zwei und einmal fünf. Das hätte ich ganz gern noch erläutert. Die zweite Frage ist, im Plan steht E im Kreis drin. Das ist der Parkplatz, denke ich, von diesem Autohaus. Ist sozusagen, also, es ist ja sozusagen als in den Baulinien auch mit eingezeichnet, dass dann sozusagen eine Erweiterung oder sozusagen eine Fertigstellung der Blockrandbebauung an dieser Stelle gewünscht ist.

So lese ich den Plan an dieser Stelle. Gibt es dazu, gibt es da eine Aussage dazu? Und die dritte Frage bezieht sich auf den südlichen Bereich. Der südliche Bereich ist jetzt relativ grob festgelegt. Also, wir haben ja sozusagen die doch konkreteren Planungen, die uns die Nichtinvestoren, ich weiß nicht, wie ich das jetzt ansprechen soll, also die Eigentümer hier, uns vorgestellt haben. *Unverständlich* völlig raus aus der Planung, ist ja der südliche Quadrant, das ist also TG 2-1 und TG 2-2.

Da haben wir lediglich die Geschossflächenzahlen und so weiter festgelegt. Aber der Bereich ist ja sehr groß gefasst und Sie haben das gerade, Herr Brambach, noch mal erwähnt, dass der ja noch frei ist und unbebaut und sozusagen sich klimatisch noch positiv auswirkt. Aber wenn wir sozusagen den gesamten Bebauungsplan beschließen, dann beschließen wir automatisch eine Bebaubarkeit dieser Flächen vor und auch mit einer 0,8 GRZ.

Wenn ich das richtig, habe ich das richtig gelesen, 2-2, 2-2, 0,8. 2-1 und 2-2; 0,8, das heißt also, wir haben eine gleiche ähnliche Dichte, die möglich ist und da muss man dann schon überlegen, ob man sozusagen das gesamte Gebiet in dieser Dichte dort sich vorstellen kann, auch wenn das noch weiter in die Zukunft gerichtet ist. Da hätte ich ganz gern noch eine Aussage zur Intension dieser Höhe.

Frau Dr. Wünscher

Danke Herr Feigl. Mir wird gerade signalisiert von der Stadtverwaltung, Herr Panian, bitte. Und dann ergänzend Herr Brambach, bitte.

Herr Feigl

Eins noch. Die Höhenentwicklung. Es sind immer jetzt sozusagen die Oberkanten im Bebauungsplan drin. Ich habe aber die Referenzhöhe nirgends gefunden. Vielleicht habe ich es übersehen. Also sozusagen die Nullebene ist auf welcher Höhe? Also, es ist ja hier über

Null, 131 über Null, wenn ich das richtig interpretiere. Wo befinden wir uns denn auf der Nullebene im Plangebiet?

Herr Panian

Also, wir fangen mal an damit, Merseburger Straße hat eine Höhe von 111 Meter. Ich fange mal von hinten nach vorne an, sozusagen.

Frau Dr. Wünscher

Bitte, Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Man muss für alle dazu sagen, weil die Diskussion hatte ich schon mal. 111 Meter bezieht sich auf Meeresspiegel. Weil, mich hatten mal Bürger groß angeguckt, wo ein Planer gesagt hat, das Gebäude liegt bei 111 Meter. Meine Damen und Herren, da entsteht kein Wolkenkratzer, der 111 Meter hoch ist. Sie müssen den Differenzbetrag abziehen zum Meeresspiegel und der ist bei uns da vermutlich irgendwas bei paar 70 Meter oder so. Und dann ist das die Differenz. Also nicht, dass das irgendwie falsch, das ist schon mal was schiefgelaufen. Sorry für dazwischen Herr Panian.

Herr Panian

Ich denk an so was gar nicht mehr. Wir haben, ich fange mal an mit der Südseite, wo das Autohaus heute noch ist. Das Autohaus hat weiter Bestandsschutz, da ist es sozusagen einfach nur das grobe Planrecht, sozusagen, um die Gleichbehandlung zwischen diesem ganzen Quartier zu haben. Was da so grob festgesetzt ist. Wann da wirklich eine Realisierung stattfindet, wird niemand in diesem Raum wirklich sagen.

Dann hatten wir die Geschichte mit dem REWE. Wir hätten uns auch gern mehr gewünscht sozusagen. Wir waren dann glücklich, dass wir sie an die Kante vorne bekommen haben mit dem REWE, und dass sie wenigstens die Zweigeschosse gemacht haben. Das mit den Fünfgeschossen gucken wir uns doch mal an. Ich tippe mal, das war sozusagen unser früherer Wunsch, der da noch dringeblichen ist. Dass wir das nur der Zeichnung geändert haben, nicht in der Festsetzung. Das würden wir sozusagen dann zum Satzungsbeschluss noch anpassen.

Jetzt, ist meine Vermutung. Das dritte war?

Herr Feigl

Also E. Das Autohaus, dass neue Autohaus.

Herr Panian

Das ist E, genau.

Das E ist sozusagen die Signatur für diese dunkelrote Umrandung, die dort sozusagen gemacht ist für die Erhaltungssatzung, die wir entlang der Merseburger Straße haben. Dass das E nur jetzt ausgerechnet an der Stelle ist, wo nicht die ganzen Denkmalsymbole sind und das Haus vor ein paar Jahren zusammengebrochen ist. Unglücklich, aber da war Platz.

Frau Dr. Wünscher

Ja, danke Herr Panian. Sind Ihre Fragen beantwortet, Herr Feigl?

Herr Feigl

Zunächst erstmal.

Frau Dr. Wünscher

Ja. Herr Neumeister, Sie möchten sich auch noch dazu äußern?

Herr Neumeister

Nur zur Klarstellung. Herr Feigl, vielen Dank für den Beitrag. Aber, was die Familienverträglichkeit anbelangt, da haben Sie natürlich nur den letzten Teil vorgelesen. In den anderen Punkten ist Familienverträglichkeit festgestellt worden. Dass dazu. Und noch mal zu REWE abschließend.

Das war ein harter Kampf mit REWE, weil REWE dort einen Markt platzieren wollte, der nach hinten versetzt ist, wie sie ihn kennen, mit einer, mit der üblicherweise hässlichen Parkfläche davor. Ich habe REWE angeboten, beziehungsweise dem Eigentümer, dass wir dort die Blockrandbebauung durchsetzen, den Markt vorziehen und auch in der Höhe nach oben gehen, damit genau der historische Befund seine Fortsetzung finden kann.

Darauf ist REWE, nicht der Eigentümer, darauf ist REWE nicht eingegangen. Wir haben einen Kompromiss. Die haben sich einem Kompromiss angeschlossen, der eben halt diese zweigeschossige Blockrandbebauung vorsieht, die uns auch nicht ausreicht. Aber das ist Sache des Eigentümers. So dass wir also wenigstens dort einen Beitrag zur Blockrandbebauung haben schaffen können. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Ja, danke, Herr Dr. Neumeister.
Herr Rebenstorf möchte sich einbringen dazu.

Herr Rebenstorf

Meine Damen und Herren, vielleicht noch mal kurz als Hinweis. Auch ich sage ja immer umgangssprachlich REWE. REWE ist aber nicht der Eigentümer und nicht der Bauherr an der Stelle. Es ist ein privater Eigentümer, der auch nicht in Halle sitzt. Nur, dass das zur Klarstellung noch mal rüberkommt, auch Asche auf mein Haupt. Ich sag auch immer umgangssprachlich REWE, wenn ich genau diese Ecke meine.

In der Hinsicht noch mal, Herr Dr. Neumeister, vielen Dank, dass Sie auch die städtebaulichen Ideen von uns mitgetragen haben. Dass es auch ausdrücklich Ihren Wunsch entspricht, was wir mit dem Eigentümer der REWE-Fläche umsetzen konnten und auch das schlägt das Zeitkonto mit aus. Diese Diskussionen waren schlicht, oder diese Verhandlungen, waren schlicht kompliziert gewesen, bis wir sie wirklich da hatten, dass das alle mittragen, ohne dass der B-Plan dann später mal beklagt wird in der Hinsicht.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Rebenstorf. Auf meiner Rednerliste steht jetzt Herr Wagner. Bitte, Herr Wagner.

Herr Jan Wagner

Danke sehr, Frau Vorsitzende. Wir begrüßen es immer grundsätzlich, wenn neuer Wohnraum im Geschosswohnungsbau entsteht und das Areal wird deutlich aufgewertet, wenn es so kommt, wie es kommt. Die Frage, ob an dieser Stelle der richtige Ort für die Stadt ist, zwei neue Hochpunkte zu schaffen, die haben wir in der Fraktion schon mal kontrovers angerissen, letztlich nicht entschieden. Aber sicherlich wäre es, wäre es städtebaulich etwas, wenn das dort entstehen würde.

Wir hatten auch im Nachgang an die Informationsveranstaltung, zu der der Beigeordnete bereits eingeladen hat, uns ja schon ein paar Gedanken machen können. Zum Beispiel habe ich mir die Frage gestellt, wenn jetzt mit solchen Hochpunkten im Süden plant und man gewisse Silhouette der Stadt sieht, ob es im Norden auch noch Überlegungen gibt dort, was die Stadtsilhouette anbelangt, zu hoffen, dass man auch noch mal mit einem Investor so etwas plant, dass sich das alles insgesamt eineinfügt.

Zu den Maßnahmen selbst. Vieles ist schon angesprochen worden. Auch wir finden den Innenhof, die Agora, für die Zwecke wahrscheinlich für zu klein und wahrscheinlich auch zu schattig. Ob das ganzjährig wirklich einladend ist oder nur selten benutzt wird, wird dann wahrscheinlich das Leben zeigen. Meine Nachfragen beziehen sich auf die Kapazität, die die Stadt hat und die dieses Areal hat.

Was die Medien anbelangt, so hat ja Herr Schröter schon ausgeführt, dass dort alles anliegt. Dazu nur eine kurze Nachfrage zum Thema Abwasser, wo jetzt hier mein Denkfehler ist. Sie schreiben in der Begründung zum B-Plan zum Thema Abwasser, dass die Abwasserableitung im Mischsystem erfolgt und dass die Mischwasserkanäle deutlich überlastet sind. Können Sie mal ausführen, was im Zuge dieser Überbelastung denn noch passieren soll, was eventuell nicht in diesem B-Plan mitgefasst ist?

Und die zweite Nachfrage, das war jetzt die Medien. Es gibt auch andere Punkte, die ein solches Gebiet eventuell überlasten können. Der Verkehr wurde schon angesprochen. Zuwegung für insbesondere den motorisierten Verkehr. Ich weiß nicht, ob diese relativ kleine Zufahrt, die architektonisch bestimmt gut in die Bad-Lauchstädter-Straße gut sich einpasst. Ob die auch tatsächlich ausreicht für das Verkehrsaufkommen, was man vielleicht in den nächsten Jahrzehnten dort sieht.

Was ich als gelungen empfinde von dem, wie wir es schon besprochen hatten und so wie sich das man hier ersieht, ist die Erschließung für FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Das ist sicherlich eine gute Aufwertung. Ich habe nicht alles lesen können, was sie uns jetzt zur Verfügung gestellt haben. Ich meine, Herr Hänsel hat schon ausgeführt. Für uns als Ehrenamtliche sind das komplexe Materien, die wir nicht wirklich gut durcharbeiten können und insbesondere nicht in zwei Wochen Vorlaufzeit und insbesondere nicht, wenn in diesen zwei Wochen noch ein langes Wochenende liegt.

Ich würde gern mal unverbindlich anfragen, Herr Rebenstorf. Gibt es nicht Möglichkeiten, es gibt ja auch andere langfristige Verfahren, die wir als Stadt haben, wo wir im Vorfeld schon Unterlagen bekommen können, um uns etwas längerfristiger mit den Materialien zu beschäftigen? Gibt es Möglichkeiten, insbesondere da es ja öffentliche Unterlagen sind, unabhängig von der tatsächlichen Vorlage für eine Ausschusssitzung uns dort schon etwas zur Verfügung zu stellen?

Ich würde nämlich dafür tendieren, weil Zeit zu knapp war und das Werk komplex ist, das auch noch einmal zu schieben, um uns als Fraktion die Möglichkeit zu geben, das auch wirklich durchzuarbeiten. Und auch wenn wir gerade schon vorhin gehört haben, über die Länge von B-Plan-Verfahren, dass zumindest noch ein Monat Zeit bleibt.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Wagner. Herr Panian wird zu den inhaltlichen Dingen sagen. Aber ich möchte hier nur zu Ihrem letzten Angebot, dass die Zeit zu kurz war. Ich kann mich erinnern, dass vor einigen Wochen eine Informationsveranstaltung genau zu dieser Vorlage stattgefunden hat und wo wir uns schon alle damit auseinandersetzen konnten, wenn wir denn gewollt hätten und Zeit gehabt haben. Also, Angebote dazu gab es und wie gesagt, das ist ja auch nicht das erste Mal, dass wir jetzt darüber sprechen.

Also, dann immer noch mal zu sagen, wir möchten das noch mal vertagen. Also ich denke, wenn wir immer bekriecheln, dass die B-Pläne, und überhaupt die Verfahren, so lange dauern. Ich denke, dann sollten wir uns auch sozusagen, ja, disziplinieren und das nicht immer noch schieben wollen. Aber das ist jetzt meine ganz persönliche Einlassung dazu. Ich möchte jetzt Herrn Panian bitten, auf die inhaltlichen Fragen zu antworten und nötigenfalls kann Herr Brambach ergänzen. Danke.

Herr Panian

Genau, es sind ja zwei technische Fragen. Dass eine zum Abwasserkanal. Das haben wir eigentlich in der ganzen Stadt immer gleich. Das Abwasser aus den Häuser, sozusagen aus den sanitären Anlagen und so weiter, ist in der Regel nicht das Problem, so hier auch. Das Niederschlagswasser ist immer ein Problem. Wir haben hier von der HWS eine Drosselung bekommen. Wir dürfen 6,7 Liter pro Sekunde einleiten. Wenn sie sich die Fläche angucken sozusagen, ist das wenig.

Wir haben auch weniger teilweise schon mal gehabt, das muss zurückgehalten werden. Also, das Regenwasser ist immer das Problem, was zwischengespeichert und im besten Fall, wie es hier auch sein soll, vor Ort genutzt werden soll. Das andere war das zu der Zufahrt. Die nördliche Zufahrt von der Lauchstädter Straße, ist die eigentlich untergeordnete Zufahrt. Das hat Gründe aus dem Emissionsschutz heraus.

Das dort sozusagen die Wohnhäuser nahe sind und alles eng ist, sozusagen die Hauptzufahrt ist eigentlich entlang sozusagen, parallel zur Hafenbahntrasse, was die Hauptzufahrt zu den ganzen Tiefgaragen sein wird. Das ist, was Herr Brambach vorhin gesagt hat, hat dann zu diesen Tiefgaragenzufahrten Festsetzung geführt. Weil das wirklich auch schallschutztechnisch ein Problem war, den Verkehr da überhaupt lang zubekommen aber so funktioniert es.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Panian. Jetzt habe ich Herrn Raabe auf meiner Rednerliste. Herr Raabe, bitte.

Herr Raabe

Ja, vielen Dank. Also, prinzipiell begrüße ich das Projekt sehr. Ich glaub das ist eine sinnvolle Verdichtung in innerstädtischer Lage. Ich hätte jetzt noch eine Frage zu dem, zu der Festsetzung in dem Plan direkt. Also, auch zu dem Gebiet des Supermarkts. Wenn jetzt auf dem Gebiet jetzt doch festgeschrieben wird, dass da quasi zwei Vollgeschosse vorgesehen sind. Und eigentlich fünf als Festigung beabsichtigt waren, erschließt sich mir jetzt nicht, warum man dann mit der Zahl runtergeht.

Also ich verstehe, dass der Supermarkt da nur zwei Geschosse bauen möchte. Aber das wäre ja auch mit einer mit fünf Geschossen möglich und man hätte gleichzeitig die Möglichkeit, wenn doch eine Lust entsteht, dann doch höher zu bauen. Und wenn wir jetzt zwei festlegen, dann würden wir das ja verhindern und deshalb erschließt sich mir nicht ganz, warum man sich da jetzt über das Maß einschränkt.

Herr Panian

Naja, eingeschränkt hat sich in dem Fall sozusagen, der Grundstückseigentümer, der beharrlich gesagt hat, von wegen, höher wird es nicht werden. Und um das auch abzubilden und jetzt nicht irgendwie falsche Vorstellungen zu ersetzen sind wir dem sozusagen dann auch nachgefolgt. Also, wir sollen auch nur das festsetzen, was sozusagen realistisch ist. Also wir würden jetzt nicht in der ganzen Stadt auch irgendwie zehn Geschosse festsetzen, auch wenn das vielleicht mancher will. Ist eine blöde Antwort. Aber ist hier in dem Fall die diplomatische..., sozusagen mit dem Eigentümer gewesen, ja.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Panian und danke Herrn Raabe, für Ihre Frage. Ich hoffe, Sie sind zufrieden mit der Antwort. Dann Herr Nistripke, bitte.

Herr Nistripke

Ja, also, aus meiner Sicht, sehr geehrte Damen und Herren, ist das alles sehr zu begrüßen, das Vorhaben. Wir haben also mehrere positive Punkte. Das heißt, wir haben, schaffen neuen Wohnraum, wir bebauen eine Brachfläche, die nicht so besonders schön aussieht,

und wir schaffen auch Parkplätze abseits dieser neu geschaffenen Bauten. Das heißt, der Parkdruck in der Umgebung wird verringert.

Was für mich interessant ist wird, das muss ich sehen, ist ja Urbanes Gebiet. Das heißt, theoretisch ein Mischgebiet, was als Möglichkeit seit einigen Jahren Baugesetzbuch drinsteht. Aber es gibt nur wenige Beispiele, wo es so richtig klappt aber hoffen wir, dass es vielleicht dort, die Nähe von Wohnen und Arbeit funktioniert. Was vorhin ja schon angesprochen wurde vorher, die Dauer der Verfahren, ja, das ist ein bleibendes Ärgernis.

Und Herr Rebenstorf hat ja auch schon gesagt, die Folgen, wenn es so lange dauert, dass dann die Mitarbeiter wechseln und dass das sozusagen weitere Auswirkungen hat, die eben nicht so schön sind. Da müssen wir wirklich drauf achten in unseren Möglichkeiten, sowohl, was die Stadt kann, als dass, was wir können, das möglichst straff zu führen. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Danke für dieses Statement. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Herr Raabe bitte nochmal. Und dann Herr Gernhardt und Herr Wagner.

Herr Raabe

Also, ich finde es nur, ich würde da jetzt gerne nochmal nachhaken. Weil, nachher müssen wir sonst irgendwie den Plan nochmal anfassen. Falls jetzt eben doch, also, es ist ja städtebaulich sinnvoll, da die Höhe weiter zu ziehen. Und, also, war es denn wirklich, dass der Eigentümer gesagt hat, der geht es uns irgendwie auf die Barrikade, wenn er da mehr als zwei Geschosse hat? Oder ist das? Also, irgendwie doch noch möglich mit Weitblick, dass einfach auf fünf Geschosse und fertig ist.

Herr Panian

Also, so drastisch habt er es jetzt nicht gesagt. Aber er hat uns deutlich zu verstehen gegeben, mehr als zwei Geschosse wird er nie bauen. Und wenn man mal die Länge sozusagen seine Intention in diesen neuen REWE-Markt, 2000 m² und so weiter, sieht, dann ist auch die zeitliche Perspektive, dass da sozusagen baulich was ändert in absehbarer Zeit, würde ich jetzt mal sagen, 20-30 Jahre wie die das rechnen, oder vielleicht sogar länger in dem Fall, ist jetzt wirklich nicht da.

Frau Dr. Wünscher

Dann Herr Gernhardt, bitte. Ach, Herr Brambach, Entschuldigung. Ich habe Sie nicht gesehen. Dann bitte Herr Brambach.

Herr Brambach

Darf ich nochmal kurz ergänzen. Die Möglichkeit, dort mehrgeschossig zu bauen, ist jetzt schon mal gegeben, dass es nicht nur ein flacher Baukörper wird, sondern eine Aufstockung kriegt. Das heißt, diese Aufstockung wird schon berücksichtigt bei der Planung des Marktes. Das heißt, da werden Stützen vorgesehen und der Markt, das ist ja zweigeschossig, klingt immer so wie sechs Meter, ja. Aber der Markt allein hat ja vielleicht eine Höhe von sechs oder sieben Meter, ja. Und dann käme da erst noch ein Geschoss drauf, so dass eine gewisse Linie im Sinne der Fortführung und der Blockrandbebauung schon erkennbar ist, ja.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Brambach, für diese Klarstellung und die Ergänzung. Dann jetzt Herr Gernhardt bitte. Bitte Herr Wagner dann.

Herr Jan Wagner

Danke, Frau Vorsitzende. Ich wollte nur feststellen, ich habe nie behauptet, dass mir das zu lange geht. Ich bin mir da jetzt auch diese, ich freu mich natürlich, wenn alles schneller geht, aber ich wollte jetzt die Einlassung, wenn gleich gut begründet von Herrn Hänsel, jetzt nicht

mir zu eigen machen. Meine zwei Fragen sind aber nicht beantwortet. Das erste ist, ob es Überlegungen zu weiteren möglichen guten Orten für Hochpunkte gibt.

Und das Zweite. Welche Möglichkeit hätten wir denn, damit wir jetzt nicht immer wieder darüber reden müssen, noch mal schieben oder so, außerhalb von Sitzungsunterlagen, so etwas zur Verfügung gestellt bekommen? Denn es war ja genau bei dem Termin, Frau Dr. Wünscher, den Sie ansprechen, wo Sie und ich auch da waren. Wäre es besser gewesen, auch noch eine schriftliche Grundlage im Anschluss gleich zu haben. Das hatten wir dann aber zwei Wochen nicht, weil wir erst warten mussten, bis alles eingestellt war. Das ist genau das, was ich meinte, ob es da irgendwelche Möglichkeiten gibt.

Frau Dr. Wünscher

Dann Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, Herr Wagner. Fange ich mit dem letzten an. Kann ich Ihnen jetzt nicht zusichern. Wir haben uns bisher immer beholfen mit, wir laden Sie ein und erklären Ihnen die Vorlage, ohne Ihnen die komplette Vorlage im Vorfeld gezeigt zu haben. Das war bisher immer unser Modus, wie wäre die gewesen, damit wir Sie soweit diskussionsfähig haben. Weil, mir ist das klar, alles Ehrenamt. Alles nebenher, 14 Tage Vorlauf.

Das ist schon knapp. Das ist mir persönlich voll und ganz bewusst. Für uns ist das leicht in der Verwaltung, auch für mich persönlich, weil ich in Verfahrensschritte soweit involviert bin, dass ich zumindest, auch wenn ich nicht der Sachbearbeiter bin, aber zumindest nachvollziehen kann, wann wieso warum haben wir mal welche Entscheidungen getroffen. Ich schau jetzt nicht Herrn Stehle an und bitte da um eine Einschätzung.

Das würden wir innerhalb der Verwaltungsspitze noch mal klären, was über das Maß hinaus möglich ist, Ihnen im Vorfeld zur Verfügung zu stellen oder nicht zur Verfügung stellen zu können, weil es irgendwelche rechtlichen Bedenken gibt. Zum Thema Hochpunkte noch mal. Ich hatte vorhin ausdrücklich auf das Planwerk urbane Innenstadt, dieses Beteiligungsformat, was wir seit einigen Jahren führen, was wir auch noch in diesem Jahr zu Ende bringen werden.

Und nur in diesem Rahmen. Herr Wagner, Entschuldigung, habe ich gesagt Hochpunkte ja, weil aus der Riebeckplatz Diskussion heraus, auch, was wir am Thüringer Bahnhof haben, dass wir unkontrolliert im ganzen Stadtgebiet irgendwo Hochpunkte zulassen, sag ich klar Nein. Und, wenn es den Norden der Stadt betrifft, haben Sie viele historische Hochpunkte. Egal, ob das der Wasserturm Nord ist, ob das die Pauluskirche ist, ob das die Stephanuskirche ist und selbst von Neustadt aus, nehme ich auch die Burg Giebichenstein noch als Hochpunkt wahr.

Auch wenn sie schon relativ weit im Talkessel von Halle unten sitzt. Im Bereich Hauptbahnhof und RAW und Thüringer Bahnhof, bis hin zu diesem Areal, hat sich ja die Stadt, wie ich vorhin sagte, nie richtig entwickelt. Und wir sind heute gefordert, die Stadt an der Stelle weiter zu entwickeln. Und ich möchte ausdrücklich nicht, dass die Stadt auf einer Höhe gerade abgeschnitten ist. Wir brauchen diese bewegte Dachlandschaft und es darf auch diese Einzelnen geben, die darüber hinausgehen.

Wir reden nicht über Frankfurt oder sonst was, über richtige Wolkenkratzer. Es sind Hochpunkte, die über die Silhouettenlinie der Stadt in einem maßvollen, in einer maßvollen Größe, hinausgehen. Und mit dem Planwerk, was sie auch als Beschlussvorlage noch kriegen, haben Sie da auch noch mal die Möglichkeit, sich dann mit einzubringen in der Diskussion.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Rebenstorf. Jetzt Herr Gernhardt. Oder hat es sich erledigt?

Herr Gernhardt

Nein, jetzt hätte ich noch zwei Punkte. Also in der Tat, so, wir hatten das in der Fraktion auch diskutiert. Ich würde jetzt nicht auf dem Hügel sterben müssen, das noch mal zu vertagen. Es wäre aber schön, wenn wir sozusagen zur Bearbeitung kämen. Wir haben nachher danach im Anschluss noch einen anderen Punkt. Da kann ich schon mal sagen, den würde ich gerne vertagen, nochmal. Ich habe hier jetzt allerdings noch eine Frage, also zwei, eine Anmerkung. Das mit dem Planwerk, es wäre einfach schön, wenn wir dafür mehr Zeit hätten.

Und das andere wäre, es steht jetzt drinnen im Entwurf, dass Fernwärme nicht anliegt. Das hat mich ein bisschen irritiert. Also natürlich liegt da nicht Fernwärme jetzt an, weil da im Moment wahrscheinlich gar nichts anliegt. Aber Fernwärme sollte doch eigentlich für das Gebiet jetzt nicht das riesige Hindernis sein, wenn man sich überlegt, dass in der Huttenstraße die Leitungen eigentlich schon langgehen. Warum ist das nicht in der Planung irgendwie integriert? Das wäre doch eigentlich total logisch so dicht am Kraftwerk.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Herr Panian, bitte.

Herr Panian

Also, wir haben geschrieben, eine Erschließung und Versorgung mit Fernwärme ist möglich. Und nachdem, was wir von der Wärmeplanung so schon hören, wird es wahrscheinlich auch wahrscheinlich werden.

Frau Dr. Wünscher

Gut. Herr Gernhardt, danke. Dann Herr Feigl, bitte.

Herr Feigl

Ich würde ganz gerne noch auf einen Verfahrensaspekt innerhalb von B-Plan-Verfahren kommen. Und zwar, ist es ja jetzt schon im in diesem Plangebiet passiert, dass ein Autohaus was gemacht hat, was eigentlich nicht so der Intention des B-Plans zuträglich war. Nämlich, die haben ein Neubau gesetzt in der Merseburger Straße und einen riesigen Parkplatz eröffnet, und damit eigentlich die Blockrandbebauung, die man ganz gerne an dieser Stelle hätte, konterkariert.

Wir denken, ich denke auch noch an die Beesener Straße, glaub ich war es, wo Aldi vor kurzem einen neuen Supermarkt gebaut hat. Da war ein B-Plan-Verfahren auf dem Weg, was eigentlich vorgesehen hatte, dass sie vonr an der Kante bauen sollten und die haben dann gesagt, ach, das dauert uns zu lange, wir machen es einfach nach Paragraph 34 und ersetzen unseren Bau und dann sieht es die nächsten 30 Jahre dann so aus wie es da aussieht. Nicht schön.

Von daher meine Frage, warum verknüpft man mit so einem B-Plan-Verfahren nicht grundsätzlich eine Veränderungssperre, die genau dieses sozusagen absichern würde, dass diese Intention, die man mit dem B-Plan erreichen will, dann auch wirklich umsetzen kann? Ansonsten, wenn der REWE dann irgendwie einen Rappel kriegt, dann baut er im nächsten halben Jahr an der hinteren Kante irgendwie sein REWE-Markt, zum Beispiel. Also ohne ihm was unterstellen zu wollen an dieser Stelle.

Frau Dr. Wünscher

Ja, verstanden, Herr Feigl. Herr Schröter wird antworten.

Herr Schröter

Also, eine Veränderungssperre, die man parallel erlassen könnte, unterliegt natürlich auch gewissen Voraussetzungen. Und es bedarf natürlich auch immer das Erfordernis, dort aus städtebaulichen Gründen, eben, sag ich mal, ein Einfrieren der Situation herbeizuführen, um eben planerische Entwicklung, wie sie mit dem Aufstellungsbeschluss formuliert und gewünscht sind, da an der Stelle den Dingen entgegenzuwirken.

Es ist so, dass wir im jedem Einzelfall diese Entscheidung zu treffen haben. Mir ist jetzt ein weiteres Planverfahren, was in meinen Zeitraum fällt bekannt, wo das Thema Veränderungssperre eine Rolle gespielt hat. Es ist so, dass im Regelfall eben nicht parallel dazu und erst recht nicht, sag ich mal, im Rahmen eines Automatismus Veränderungssperren gleichzeitig mit beschlossen werden. Im konkreten Einzelfall, Sie zielen da jetzt ab auf das Autohaus in der Merseburger Straße ich kann jetzt nicht sicher sagen, zu welchem Zeitpunkt dieses Autohaus dort gebaut worden ist. Ich geh mal davon aus, dass das vor dem Aufstellungsbeschluss war. Es war danach, okay. Die genauen Gründe, Sie haben die Dauer des Planverfahrens wahrgenommen, 2019 Aufstellungsbeschluss, entzieht sich jetzt hier meiner Erkenntnis, was der Grund war, warum man an der Stelle eben nicht steuernd eingegriffen hat.

Frau Dr. Wünscher

Eine Nachfrage, Herr Feigl.

Herr Feigl

Aber, man könnte es ja jetzt tun. Man könnte es ja nochmal nachholen um genau das zu verhindern, was, also sozusagen, eine Wiederholung zu verhindern, zum Beispiel mit dem REWE-Markt. Wäre sinnvoll, oder?

Herr Schröter

Also, es wäre insofern sinnvoll, wenn eben die entsprechende Planung, die dann gegebenenfalls auch unabhängig von dem entsprechenden, sag ich mal, Ideen, die wir über die Aufstellung des Planes verfolgen, nicht kompatibel sind mit einem möglicherweise gearteten Bauantrag, der im Rahmen eben von 34 an der Stelle eingereicht wird. Also sprich, die Möglichkeit an der Stelle zu reagieren, besteht immer noch über die entsprechenden Plansicherungsinstrumente, über eine Zurückstellung eines Bauvorhabens.

Frau Dr. Wünscher

Nochmal Herr Feigl.

Herr Feigl

Dann muss ich fragen, warum Sie das, genau das, nicht gezogen haben in der Beesener Straße. Da haben wir genau die Situation gehabt. Also, von daher. Also, ich möchte bloß auf die Gefahr hinweisen, dass wir hier uns mit einem B-Plan über einen langen Zeitraum einen Abkaspern und was vielleicht Positives auf die, auf den Weg bringen und am Ende fällt uns das alles hinten runter, bloß, weil wir es versäumt haben, es entsprechend abzusichern.

Also wie gesagt, in der Beesener Straße haben wir den Fall gehabt da haben Sie nicht eingegriffen. Das war auch, glaube ich, schon zu Ihrer Zeit, Herr Schröter und haben sozusagen das Bauvorhaben nach 34 nicht zurückgestellt zugunsten des aufgestellten B-Plans. Warum sollte das hier anders sein?

Frau Dr. Wünscher

Herr Rebenstorf bitte und dann Herr Panian.

Herr Rebenstorf

Ganz kurz, Herr Panian. Wir äußern uns jetzt nur zu dem B-Plan, der hier vorliegt. Beesener Straße kann jetzt hier nicht das Thema sein, so unvorbereitet.

Frau Dr. Wünscher

Jetzt auf meiner Rednerliste noch, Herr Dreher und dann Herrn Hänsel. Bitte, Herr Dreher.

Herr Dreher

Ich möchte das Thema nochmal Beteiligung, das Thema von Herrn Wagner, noch mal aufgreifen. Das ist natürlich jetzt, die Zeiten sind kurz für solche komplexen Sachen, völlig richtig. Aber, es kann ja sein, dass man das jetzt noch verstetigen kann. Der Hintergrund ist der, dass wir jetzt einen B-Plan haben und viele konkrete Fragen ja erst, ich spreche jetzt nur von dem Kernbereich, der jetzt auch bebaut wird, dass wir auch mal eine Bauplanung bekommen, der zum Beispiel auch ganz konkret die Flächen abbildet, die für die Regenrückhaltung die Dachform abbildet, die jetzt auch noch nicht feststehen.

Wir wissen ja alle, dass die Skizzenbilder, die wir gesehen haben, nicht das ist, was es später mal gebaut wird. Wir haben jetzt wirklich nur den Rahmen eines B-Plans. Meine Bitte wäre nur, dass später mal die Bauplanung tatsächlich nicht nur im Gestaltungsbeirat, vielleicht sogar auch mal als Mitteilung, wenn sie denn aussagekräftig vorliegt, auch in den Planungsausschuss eingeht, damit man auch in der konkreten Bauplanung dann noch Fragen stellen kann oder Hinweise geben kann. Das war es.

Frau Dr. Wünscher

Ich denke, die Bitte ist angekommen. Und dann Herr Hänsel bitte.

Herr Hänsel

Das ist ja eine super Idee, Herr Feigl, eine Veränderungssperre. Bei den Laufzeiten von B-Plänen von fünf, sechs, sieben, acht Jahren. Da bringen Sie die Stadt komplett zum Stillstand. Das mag ja Ihrer ideologischen Intention, diese Stadt komplett zu renaturieren entsprechen. Aber es ist für die Stadtentwicklung absolut tödlich. Denn also so eine Veränderungssperre ist dafür gedacht, dass man einen B-Plan in anderthalb bis zwei Jahren durchbringt.

Und dann ist sie auch sinnvoll, weil der Bauinteressierte verliert kaum Zeit, weil auf der Grundlage des B-Plans kriegt er viel schneller eine Baugenehmigung, als auf der Grundlage von 34. Und das Autohäuser da genehmigt werden in einer Form, wo Ihnen die Bebauung jetzt nicht zusagt, mir vielleicht auch nicht. Das hat ja die Stadt in der Hand. Sie können nach 34 das ja genehmigen oder es lassen, ja.

Und bei dem Autohaus würde ich sogar sagen, weiß ich nicht, wie die Genehmigung zustande gekommen ist, weil das Autohaus entspricht nicht unbedingt der umliegenden Bebauung. Jedenfalls nicht. Und dass verlangt der Paragraph 34, ja, damit überhaupt eine Genehmigung erteilt werden kann. Aber eine Veränderungssperre ist das Allerletzte, was an der Stelle brauchen. Wenn wir irgendwie Stadtentwicklung betreiben wollen, es sei denn, wir hätten B-Pläne, die wirklich schnell laufen.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Herr Feigl möchte erwidern.

Herr Feigl

Sie haben mich ja direkt angesprochen. Also eine Veränderungssperre zieht überhaupt nichts in die Länge, gar nicht. Warum sollte sie das? Es gibt eine Intension eines Bebauungsplanes. Und um diese abzusichern, wird eine Veränderungssperre mit gemacht

und zwar nur auf dieses Teilgebiet, doch nicht auf die gesamte Stadt. Und das, was Sie an ideologischen Unterstellungen irgendwie mit konstruieren, ist völliger, das ist völliger Quatsch an dieser Stelle. Das muss ich an dieser Stelle wirklich zurückweisen.

Frau Dr. Wünscher

Ja, danke, Herr Feigl. Gibt es noch weitere Wortmeldungen zu dieser Beschlussvorlage? Das sehe ich jetzt nicht. Dann können wir jetzt zur Abstimmung kommen. Zuerst die sachkundigen Einwohner. Wer kann dieser Vorlage zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Vier Ja-Stimmen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei zwei Enthaltungen. Dann ist das einstimmig zugestimmt von den sachkundigen Einwohnern.

Jetzt die Stadträte, bitte. Wer kann dieser Beschlussvorlage zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Wer enthält sich? Zwei Enthaltungen. Gegenstimmen? Kann es dann nicht mehr geben. Gab es eine Gegenstimme? Nein, gab es nicht. Dann ist das einstimmig zugestimmt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Brambach, Herr Dr. Neumeister, einen Schritt weiter.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis skE: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 198 „Quartiersentwicklung Liebenauer Straße“ in der Fassung vom 25.03.2025 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 198 „Quartiersentwicklung Liebenauer Straße“ in der Fassung vom 25.03.2025 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung sind zu veröffentlichen.

zu 5.4 Beschluss zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK Halle 2025 – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VIII/2025/00991

zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Beschluss zur Fortschreibung des Integrierten
Stadtentwicklungskonzeptes ISEK Halle 2025 – Aufstellungsbeschluss"
VIII/2025/00991
Vorlage: VIII/2025/01217

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Vierkant wurde für diese Tagesordnungspunkte ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Wünscher

Wir sind jetzt bei dem, bei der Beschlussvorlage 5.4 und einschließlich des Änderungsantrags 5.4.1 von der Fraktion BÜNDNIS 90, GRÜNE. Beides kann jetzt diskutiert werden. Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK. Und einbringen wird es Herr Rebenstorf und dann treten wir in die Diskussion.

Herr Rebenstorf

Ja, meine Damen und Herren, Frau Vorsitzende. Entschuldigung, ich war jetzt auch schon gedanklich bei den Anträgen der Fraktionen. Nein, wir sind ja noch bei unseren eigenen Beschlussvorlagen. Also wird jetzt Herr Schröter für die Stadtplanung federführend in die Thematik zur Fortschreibung des ISEK, des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, einführen. Danach, wäre mein Vorschlag, der Änderungsantrag und dann diskutieren.

Frau Dr. Wünscher

Ja, bitte, Herr Schröter.

Herr Schröter

Ja, vielen Dank. Wir legen Ihnen heute den Beschluss zur Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes an dieser Stelle vor. Vorweg erst mal, es sind eigentlich zwei wesentliche Inhalte. Zum einen geht es natürlich um den eigentlichen Beschluss, dass wir hier in die Phase der Fortschreibung mit Ihrem Votum treten können. Und ein zweiter wesentlicher Inhalt dieser Vorlage, das ist der so genannte Stadtentwicklungsbericht.

Der Stadtentwicklungsbericht das ist das Extrakt der Evaluierung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes 2025. Dann haben wir eine Bewertung, der darin verfolgten Ziele und Maßnahmen vorgenommen. Das ist grafisch sehr gut auch schnell erfassbar und ablesbar. Da gibt es ein entsprechendes Ampelsystem. Ich sag jetzt mal von Hellgrün über verschiedene Gelb und Rotschattierungen, bis hin zu dem Ausrufezeichen, beispielsweise bedeutet dann in diesem entsprechenden Stadtentwicklungsbericht, dass eben hier insbesondere, eben aus der Evaluierung schon heraus, eine Neuausrichtung hinsichtlich der Zielorientierung erfolgen sollte, beziehungsweise erfolgen muss.

Das vielleicht erst mal grob zur Einordnung zu den zwei wesentlichen Inhalten. Ansonsten möchte ich gerne noch mal einen kurzen Blick eingangs in die Geschichte gemeinsam mit Ihnen werfen. Wir bewegen uns jetzt hier in der vierten Runde quasi, dass wir als Stadt gemeinsam mit Ihnen, gemeinsam mit den Stakeholdern, innerhalb der Stadtgesellschaft, hier ein integriertes Stadtentwicklungskonzept aufstellen.

Das erste Stadtentwicklungskonzept, datiert aus dem Jahr 2001. Diese Zeiten waren im Wesentlichen natürlich noch von deutlichen Bevölkerungsrückgängen, um nicht zu sagen Einbrüchen, an der Stelle geprägt und dem zufolge auch konzeptionell auch entsprechend umgesetzt. Wir hatten dann im Jahr 2007, also als bald, dann schon das zweite integrierte Stadtentwicklungskonzept auf den Weg gebracht.

Hier ging es dann natürlich, wie begegnet man weiterhin diesen Folgen. Es ging um Stadtbau und Stadtrückbau. Und dann fingen an die Zeiten sich zu drehen, so dass man dann in, sag ich mal, den Jahren, also 15, 16, teilweise 14, einen neuen Prozess., insbesondere vor dem Hintergrund der sich geänderten Wachstumsszenarien, initiiert hat. Und dann im Jahr 2017, im Herbst 2017, das uns jetzt aktuell vorliegende Stadtentwicklungskonzept auch mit Beschluss an dieser Stelle auf den Weg gebracht hat.

So ein Stadtentwicklungskonzept, das hat üblicherweise so einen Zeithorizont. Das ist nicht exakt festgelegt. Hängt auch immer von der Dynamik der Entwicklungsprozesse ab von 10-15 Jahren. Und diese Zeit ist A zum einen natürlich abgelaufen, und zum anderen erkennen wir eben auch, aus der Evaluierung heraus, dass sich Rahmenbedingungen geändert haben.

Auf diese Rahmenbedingungen müssen wir reagieren und uns dementsprechend auf dem Weg einer Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungsprozesses begeben.

Ganz kurz auch noch mal zur Einordnung. Ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das ist eine so genannte informelle Planung. Das heißt, es unterliegt an dieser Stelle eben keiner rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Aufstellung und Durchführung. Das heißt, man hat da einen gewissen Freiraum, einen gewissen Spielraum. Das ist, glaube ich, relativ wichtig, dass Sie das an der Stelle noch mal mitnehmen.

Das heißt, es ist eine gewisse Flexibilität gegeben, was einen rechtlichen Bezug hat, im Sinne Selbstbindung der Verwaltung. Das ist eben die allgemeine verbindliche Grundlage, nicht nur für den Geschäftsbereich II, sondern, weil es eben integriert ist für die gesamte Stadtverwaltung bildet, ist das, dass man es entsprechend Paragraph 1, Absatz 6, also ganz vorne aufgeführt im Baugesetzbuch, als ein städtebauliches Entwicklungskonzept beschließt und damit die Verwaltung entsprechend selbst sich an diesem Konzept und deren Inhalten entsprechend bindet.

Das hat eine ganz praktische relevante Auswirkung. Unter anderem natürlich für die Städtebauförderung. Das ist eine wesentliche Grundlage, auf der eben Städtebaufördermittel beantragt werden, auch erläutert, plausibilisiert und erklärt werden im Antragsverfahren. Und neben den Städtebaufördermitteln natürlich, aber auch alle anderen Fördermittel. Egal, ob sie vom Bund, vom Land oder eben der EU an dieser Stelle, egal ob mittelbar oder unmittelbar zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist, dass sich eben, ist vorhin schon angedeutet worden, grundsätzlich die Rahmenbedingungen dahingehend geändert haben.

Wir haben aktuell neue Herausforderungen. Wir haben das Thema Migration. Wir haben soziale Herausforderungen, die damit verbunden sind. Wir haben das Thema Segregation. Wir haben natürlich auch die Frage, welchen Stellenwert wird zukünftig das Thema Wohnen für uns in der Stadt Halle haben. Das hat es natürlich auch in der Vergangenheit gespielt, aber auch das gilt es neu zu hinterfragen. Es geht um Wirtschaft, Industriegewerbe und Gewerbe und natürlich die Aspekte des Klimaschutzes, der Klimafolgenanpassung.

Die spielen auch eine Rolle, die auch sich in den letzten vergangenen Jahren geändert haben. Wir haben Aspekte der Mobilität. Die aber natürlich auch ganz, sag ich mal sehr stark, jetzt auch an Dynamik gewinnen Themen der Digitalisierung. Unter anderem natürlich auch KI. Auch das sind Themen, die uns weiter fordern und beschäftigen werden und wir diese Dinge nutzen. Und als ein Prozess, der auch aktuell läuft, das ist natürlich das Thema Smart City.

Um damit nur einzelne Aspekte zu nennen, die sich eben aktuell für uns ergeben. Jetzt meine Bitte wäre, von den Folien etwas nach vorne schieben oder mir das Gerät übergeben. Da gibt es Folien, wo sie in tabellarischer Form einfach noch mal die Struktur und den Aufbau des ISEK erkennen können. Gehen Sie bitte gleich zwei Folien weiter, genau, wunderbar. Vielen Dank. Wie gesagt, wir machen eine Fortschreibung.

Das heißt, die Gliederung und die Arbeitsmethodik, die aus dem Prozess ISEK 2025 erstellt, beziehungsweise beschlossen 2017. Das bleibt erhalten, sowohl in der Gliederung, als auch in der grundsätzlichen Arbeitsmethodik, da wir, da sich das zum einen als sehr sag ich mal effizient und bewährt erwiesen hat und zum anderen auch aus unserer Sicht, auch unter neuen Aspekten, als beste Grundlage und Basis für eine Fortschreibung dienen kann. Wichtig für Sie ist einfach noch mal das Thema, das wir sehen.

Es gibt eine Leitbildstrategie, die ein wesentlicher inhaltlicher Kern ist, die entwickelt werden muss, um eben übergeordnet die Schlüsselsätze der weiteren Entwicklung zusammenzufassen, zu benennen, zu erkennen. Dann gibt es daraus resultierend natürlich

Querschnittsthemen, die möchte ich jetzt hier alle nicht vorlesen. Und es gibt, sage ich mal, eine räumliche Gliederung, die wir in der Vergangenheit hatten. Das ist zum einen eben ganz schlicht die Unterteilung in Teilräume der Stadt.

Zum einen nach Himmelsrichtung, Norden, Süden, Osten, Westen. Aber natürlich auch die Innere Stadt. Das heißt, wir haben da fünf Teilräume, die sich eben rein geografisch ergeben und das Ganze wird über zwei Strukturen noch mal überlagert. Das ist das eine Thema Stadt am Fluss, was eine wesentliche Rolle in den bisherigen Planungen gespielt hat. Und natürlich, vor dem Hintergrund der Städtebaufördermittel, die entsprechenden Förderkulissen. Hier in dieser Übersicht noch mal rot dargestellt.

Wie gesagt, das ist aber der Stand des aktuellen ISEK und dem zufolge nicht mehr ganz aktuell. Bitte gern die nächste Folie, weil die ist glaub ich noch mal sehr relevant, dass wir an der Stelle erkennen, wie wir uns den Prozess vorgestellt haben. Wir befinden uns jetzt im zweiten Quartal 2025. Unser Petitum ist, dass wir von Ihnen den Auftrag in Form des Beschlusses erhalten, das Stadtentwicklungskonzept entsprechend vorzuschreiben und wir haben einen Prozess von maximal drei Jahren, den wir hier in Summe, bis wir am Ende eben zum Beschluss des Stadtrates kommen, in der ersten Hochplanung vorgesehen haben.

Ein wesentlicher Baustein, das ist im zweiten, beziehungsweise dritten, Quartal des kommenden Jahres. Das ist ja die so genannte Leitbildstrategie. Diese Leitbildstrategie, wie vorangestellt, die muss entwickelt und überarbeitet werden. Und genau diese Leitbildstrategie wollen wir Ihnen als Zwischenschritt hier an der Stelle zum einen vorstellen, zum anderen präsentieren. Damit wir auch hier über eine Beschlusslage die entsprechenden Leitlinien und Rahmenbedingungen für die weitere detaillierte Ausformulierung des ISEK festhalten können.

Wir hatten ja gerade jetzt auch im vorgehenden Punkt das Thema Bereitstellen von Informationen. Einbinden in die Prozesse, frühzeitig darüber informiert zu sein. Genau deswegen eben auch Leitbildstrategie über den Beschluss entsprechend abzuholen. Sie sehen in den Zeilen darüber, dass natürlich eine ganze Menge an fachliche Arbeit erledigt werden muss. Es müssen externe Gutachten beauftragt werden verschiedenster Arten, zum Beispiel die Bevölkerungsprognose und die Haushaltsprognose.

Es muss im Wohnungsmarktbericht erfolgen. Und es müssen aber eben auch in den anderen Teilen der Verwaltung entsprechend die einzelnen Fachbeiträge fortgeschrieben und aktualisiert werden. Und es muss eben an sich die Leitbildstrategie erarbeitet werden. Da entstehen natürlich Kosten und Aufwände, da das nicht ausschließlich aus unserer eigenen Verwaltungskapazität heraus erfolgt.

Das ist auch entsprechend dargelegt in der Beschlussvorlage. So. Und dann kommt man eben nach dem Leitbildbeschluss der entsprechenden Strategie in die weitere Erarbeitung des eigentlichen integrierten Stadtentwicklungskonzeptes. Und da ist, glaube ich, an der Stelle auch noch mal ganz wichtig herauszustellen, dass dieser Aspekt, der hier in der dritten Zeile von unten unter Öffentlichkeitsbeteiligung in den ISEK-Teilräumen definiert ist.

Dass das an der Stelle von unserer Seite so vorgesehen ist, dass wir eben nach der Leitbildstrategie und den ersten Ergebnissen, dann eine umfangreiche Öffentlichkeitsbeteiligung in den Teilräumen machen. Was aber die entsprechende Grafik hier in der dritten Zeile von unten nicht abbildet, dass wir uns faktisch aber auch schon beginnend ab jetzt, eigentlich auch schon im letzten Quartal oder Ende zum vergangenen Jahres Ende 2024, wir uns auch schon auf den Weg begeben haben, natürlich die Öffentlichkeit zu integrieren und zu hinterfragen.

Das möchte ich auch noch mal ganz kurz erläutern, weil, das denke ich, für den Änderungsantrag auch relevant ist. Ich hatte ja dargestellt, dass wir die Stadtumbaugebiete und die Stadtumbaukonzepte entsprechend eigenständig eben bearbeiten. Und genau in diesen Prozessen holen wir uns eben die Bedarfe in den einzelnen Stadtumbaugebieten ab, die von den örtlichen Akteuren vor Ort erkannt werden, definiert werden und in den Diskussionsprozess mit eingebracht werden.

Das heißt, über diese, zum Beispiel in der Südstadt oder auch in Silberhöhe, befinden wir uns momentan eben auch auf dem Weg, die entsprechenden Handlungskonzepte aus Städtebau Fördermittelsicht fortzuschreiben, beziehungsweise neu aufzustellen. Und genau in diesem Aspekt erfolgt eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Und darüber hinaus haben wir im Unterschied zur Erstellung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, welches 2017 beschlossen worden ist, zum jetzigen Zeitpunkt eben auch eine ganz andere allgemeine, sag ich mal, Feedbacklage aus der Stadtgesellschaft heraus, aus verschiedenen anderen Beteiligungsprozessen.

An der Stelle sei jetzt nur exemplarisch erwähnt. Wir hatten einen sehr umfangreichen Prozess zum Thema Planwerkdialog urbane Innenstadt. Wir haben einen sehr umfangreichen Prozess gehabt aus den Aspekten der Mobilität heraus. Es gab also, wo eigene Formate gewählt worden sind, wo auch öffentlich entsprechende Veranstaltungen stattfanden, wo es entsprechende Rückläufe gab und eine gewisse Kenntnislage auch innerhalb der Verwaltung vorliegt.

Genauso ist es eben auch zum Beispiel mit dem Bildungskonzept. Das sind jetzt eben eher Themen, die aus anderen Fachbereichen entstehen, so dass wir eben auch insbesondere unter Einstellung der Tatsache, dass wir eben mit dem Flächennutzungsplan und der Neuaufstellung auch hier ein sehr breit aufgesetztes und gestreutes Öffentlichkeitsbeteiligungsformat etabliert haben und wir der Meinung sind, dass wir eben das Feedback aus den bereits entweder schon durchgeführten oder parallel durchzuführenden Beteiligungsformaten nutzen können, um es in das integrierte Stadtentwicklungskonzept einließen zu lassen.

Das genau hat für uns unter anderem eben auch den Vorteil, dass wir effizient arbeiten können und eben nicht darüber hinaus Prozesse doppelt etablieren oder dreifach etablieren und, ja, ungefragt an der Stelle Kapazitäten verbrennen für eine Thematik, die wir über die anderen Prozesse entweder schon vorliegen haben oder parallel einholen. Damit soll es an der Stelle gewesen sein. Grundsätzlich, wir stehen für Ihre Fragen zur Verfügung.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schröter. Ich würde jetzt, weil das schon angerissen wurde, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten, ihren Änderungsantrag einzubringen.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Wir haben es uns angeguckt, genau diesen Plan, und haben da gesehen, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung relativ spät erst drin ist. Und aus der Erfahrung heraus, dass zum Beispiel wie es jetzt auch mit dem Zukunftszentrum ist oder mit anderen Sachen, dass die Leute sich nicht gut mitgenommen fühlen, dass sie sich nicht gut eingebunden fühlen, dass sie auch Ideen haben, dass sie auch Probleme einbringen können, die vielleicht zeitiger schon, bevor das Leitbild steht, schon in die Planung mit eingebracht werden können.

Und wir damit auch vielleicht Konfliktlinien einfach im Vorfeld schon abbauen können, war unsere Intention. Dass eine Beteiligung möglichst vorher schon stattfinden soll, bevor das Leitbild steht. Wir haben das ja auch hier beim Marktplatz gemacht, wo wir das Leitbild noch gemeinsam erarbeitet haben. Und wir wollen das nicht vorschreiben, in welcher Form das passieren soll. Ich kenne noch den ISEK-Prozess von 2017.

Da waren wir teilweise auch mit beteiligt. Aber, da war ich noch nicht Stadträtin, dass wir zeitiger die Bevölkerung mit einbinden und auch vor allem um ihre Probleme und ihre Ideen einzusammeln. Und dann schon mit einzubinden. Deswegen dieser Änderungsantrag von uns. Sie haben jetzt schon angedeutet, dass sie das weitgehend schon machen, aber dass wir es noch mal betonen und auch vielleicht noch Formate finden, um die Bevölkerung mehr, zeitiger, nicht mehr, aber zeitiger einzubeziehen in den Prozess.

Frau D. Wünscher

Danke, Frau Dr. Kreuzfeldt. Auf meiner Rednerliste habe ich schon Herrn Dreher. Herr Dreher, bitte.

Herr Dreher

Eine ganz leichte Frage. Das Stichwort FNP, ist gerade schon gefallen. Sind die Teilräume für die Beteiligungsformate FNP und ISEK jetzt tatsächlich identisch? Die Frage hatten wir glaube ich mal bei FNP-Workshop und festgestellt, wie wichtig das sind, dass die Teilräume dann auch identisch sind zum FNP und zum ISEK. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Dreher. Möchten Sie gleich antworten, Herr Schröter?

Herr Schröter

Ich meine, da ist eine Identität da. Ich kann jetzt nicht sagen, ob sie zu 100 Prozent gegeben ist. Ich sage mal gefühlt, zu 80 Prozent, dass wir eben auch da natürlich das Thema der Himmelsrichtungen mit berücksichtigen. Aber es ist nicht eine 100-prozentige Identität, die an der Stelle hergestellt werden kann.

Frau Dr. Wünscher

Ja, dann habe ich jetzt Herrn Hänsel, bitte.

Herr Hänsel

Ja, zu dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es ist es ja eigentlich nur eine Änderung. Weil, hier steht zwar zweistufig drin, aber die zweite Stufe, denke ich, ist das, was da dran steht. Die Änderung bezieht sich ja nur auf die Einbeziehung oder die Etablierung einer ersten Stufe. Und das sehe ich allerdings schon kritisch, wenn nicht sogar bedenklich, denn hier steht Ziel der ersten Stufe, noch Voreinstellung vor Entwürfen, ist Einbindung der Öffentlichkeit.

Also ich sage mal, oder ich denke, dass es nicht sehr sinnvoll ist, Öffentlichkeit, oder überhaupt irgendjemanden, einzubinden auf der Grundlage von gar nichts, von keinem Entwurf, von keiner Vorgabe, von keiner Diskussionsgrundlage. Das wird Palaver. Da setzen wir uns alle im Kreis ums Feuer und reden einmal ins Blaue hinein über irgendwas, und da kommt nichts dabei raus.

Also wenn, dann sollte man schon eine Grundlage haben, die erst geschaffen werden muss. Und das zweite, was ich auch bedenklich finde, ist, wir verlagern hier auch ein Stück weit Verwaltungs- und Stadtratsarbeit in die Bevölkerung. Das ist auch die Frage, ob die das an dieser Stelle will, weil es geht um nichts sehr Konkretes. Das ISEK ist, ist, ist ein Leitbild, ist was relativ Unkonkretes. Wenn sie draußen auf der Straße rumlaufen und Bürger dieser Stadt befragen, ob sie das ISEK kennen, da würden sie eine spannende Quote kriegen an Antworten, die sagen, ja, weiß, was das ist ja.

Und meine Damen und Herren, Sie sind Stadträte oder sachkundige Einwohner. Niemand hindert Sie daran auf Ihre Wähler zuzugehen und zu sagen, hey, was hältst du davon? Was soll ich da einbringen? Ich bin Dein gewählter Vertreter. Wenn wir immer nur Öffentlichkeit

beteiligen, was ja im Grunde eine gute Sache ist. Aber wenn wir es damit übertreiben, können wir einen Stadtrat in der Sache abschaffen.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Hänsel. Auf meiner Rednerliste steht jetzt Herr Kehrwieder, dann Herr Vierkant und dann Herr Feigl. Bitte.

Herr Kehrwieder

Mein Sachkundiger hat ja schon zum Änderungsantrag der GRÜNEN gesprochen. Ich hätte zum ISEK generell. Und zwar zur Leitbildstrategie. Dort wird ja ein Betrag von Pi mal Daumen 80.000 € für die Leitbildstrategie veranschlagt. Die Frage, die sich da mir stellt, muss das unbedingt extern vergeben werden?

Und sind diese 80.000 €, also ich habe auch schon ein paar Mal mit Agenturen so ein bisschen zu tun gehabt im eher Werbebereich, und die Preise, die da teilweise veranschlagt werden, sind sag ich mal, der Leistung nicht ebenbürtig, möchte ich mal meinen. Und das würde ich mal behaupten, ist hier in der Leitbildstrategie, die ja auf dem ursprünglichen Leitbild fußt, könnte die Gefahr laufen, dass das hier genauso wäre.

Frau Dr. Wünscher

Ja, zuerst Herr Rebenstorf und dann Herr Schröter. Bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, meine Damen und Herren, Frau Vorsitzende, Herr Kehrwieder. Um es ein bisschen salopp zu sagen, wenn wir das intern machen, machen wir einen B-Plan weniger. Es ist tatsächlich ein Kapazitätsproblem. Deswegen brauchen wir die externe Unterstützung. Und weil wir das dann nur für diesen einen Moment brauchen, während sowas wie B-Pläne dauerhaft durchlaufen, ich mag das Wort Einkauf nicht, aber Kaufen wir was von außen dann trotzdem ein, um uns dort zu unterstützen. Das geht in dem Fall nicht anders.

Herr Schröter

Und ergänzend vielleicht noch. Sie sehen es ja, anhand des Terminplans. Das ist ein Prozess, der an zentraler Stelle sehr komprimiert stattfindet. Der ist über, sage ich mal, wenige Monate dort an der Stelle organisiert. Und der Aufwand, die entsprechenden Beteiligungsformate eben zur Entwicklung eines gemeinsamen Leitbilds mit den notwendigen Akteuren, der ist enorm. Das heißt, es ist in sehr kurzer Zeit, ein sehr hoher personeller Aufwand notwendig. Und es bedarf auch hier tatsächlich strategischer Vorüberlegungen und auch einer sehr umfangreichen Begleitung eben diese Prozesse.

Weil mit einer Vielzahl von Akteuren zu unterschiedlichen Themen und Fragenstellungen gemeinsam gearbeitet werden muss, teilweise auch parallel gearbeitet werden muss. Und die Kosten, die wir ja annehmen, ja das sind Kostenschätzungen. Das sind jetzt erste Annahmen, wie wir eben aus anderen vergleichbaren Projekten das einschätzen können. Aber das unterstreicht eben auch noch mal an der Stelle eben diesen zentralen Aspekt dieser Leitbildherstellung.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Schröter. Herr Vierkant, bitte.

Herr Vierkant

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ja, ich wollte auch nochmal auf das zu sprechen kommen. Herr Dreher sagte es ja vorhin schon. Wir haben diese Arbeitsgruppe zum Flächennutzungsplan, da die Flächen eh ziemlich identisch sind, wurde dort ja auch wenn ich mich recht erinnere, korrigieren Sie mich wenn ich falsch liege, quasi mit andiskutiert,

dass man entsprechend das ISEK während der Entstehung auch mitbearbeitet, zumindest im Stadtratsumfeld. Da komme ich auf das zurück, was Herr Hänsel zurecht sagte.

Wir haben hier wirklich als Stadträte die Verantwortung für die Bürger zu arbeiten. Und wenn wir Leute kennen, die Bedürfnisse haben, dann sollen wir natürlich auch die ansprechen und das in unsere Gremienarbeit mit einfließen lassen. Also eine Bevölkerungsbeteiligung, bevor Inhalte vorhanden sind, weil halt die ganzen Ausarbeitungen noch stattfinden, macht halt einfach keinen Sinn. Wir haben hier eine entsprechend ein Jahr vorgeschaltet, wenn ich das richtig sehe.

Erstes Quartal 27 findet die Öffentlichkeitsbeteiligung statt und ein Jahr später soll das abgestimmt werden. Das heißt, da ist ein Jahr lang Zeit, Änderungsanträge zu schreiben, die jeder Stadtrat aus der Bevölkerung heraus mitnehmen kann. Ich glaube, da ist das Problem, dass wir hier entsprechend nicht die Bevölkerung ausreichend mitnehmen besteht einfach nicht. Dankeschön.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Vierkant. Herr Feigl, bitte.

Herr Feigl

Also, unsere Intension war nicht von Null anzufangen, sondern nach der Grundlagenermittlung. Wir haben einerseits das alte ISEK, was fortgeschrieben wird, und dann entsprechende Grundlagenermittlung als ersten Schritt. Und dann, denken wir, ist es angesagt, die Bevölkerung der Stadt Halle eben entsprechend mitzunehmen und entsprechend für die weitere Entwicklung des ISEK dann die Stimmen einzuholen.

Ich glaube auch nicht, Herr Schröter, dass das abgetan ist, indem wir andere Beteiligungsformate, die wir zu anderen Themen gemacht haben, durchaus zahlreich in letzter Zeit, das finde ich auch positiv, dass wir das machen. Das wir auch wirklich nach draußen gehen und entsprechend die halesche Bevölkerung dort mitnehmen. Aber ich glaube nicht, dass zum Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit zum Mobilitätskonzept jetzt nicht so wahnsinnig groß gewesen ist, dass die geeignet ist, um hier, also, das sind ja inhaltlich verschiedene Teilpunkte, dass man das vermischen sollte.

Für ihre Arbeit ist das bestimmt hilfreich, diese Rückmeldung schon mal gehabt zu haben. Aber in diesem Prozess halte ich es, oder halten wir es, durchaus für sinnvoll, dort noch mal was einzuschieben, was die Wirksamkeit von Öffentlichkeitsbeteiligung beim ISEK-Prozess anbelangt. Also ich war bei der Aufstellung des ersten ISEK, und auch bei der Fortschreibung, der ersten Fortschreibung mit dabei, und ich fand die Öffentlichkeitsbeteiligung, die dann wirklich stattgefunden hat, durchaus beeindruckend.

Also wie viele Leute sich aus verschiedenen Schichten dort mit eingebracht haben und das Ergebnis, was dann rausgekommen ist, ist dann auch entsprechend vielschichtig gewesen. Von daher. Ich glaube nicht, dass das vertane Arbeit ist, sondern, ich glaube, dass das in unserer heutigen Zeit viel mehr also sehr, sehr notwendig ist, dann auch wirklich alle mitzunehmen. Von daher werbe ich noch mal ausdrücklich für unseren Änderungsantrag.

Frau Dr. Wünscher

Ja, Herr Dreher hat sich noch zu Wort gemeldet und danach habe ich mich auf die Rednerliste gesetzt. Und dann Herr Gernhardt, bitte.

Herr Dreher

Ja, ich würde auch den Antrag der GRÜNEN unterstützen wollen. Weil, wir fangen tatsächlich nicht bei null an. Wir haben ja ein ISEK. Und das kann man auch noch mal

darstellen und ich kann mir das durchaus vorstellen, bevor wir wirklich viel Arbeit in den Entwurf reinstecken, die Stimmung in der Bevölkerung einzufangen, in Form, neudeutsch, sagt man SWOT-Analyse, also Stärke, Schwäche, Chancen, Risiken. Dass sie, was sich möglicherweise auch aus den Rückmeldungen der Bevölkerung ergeben kann und damit schon in den ersten Entwurf einfließen kann.

Frau Dr. Wünscher

Ja, ich möchte jetzt für mich und für die Mitglieder der CDU-Fraktion sprechen. Also, wie haben uns dazu verständigt, dass wir diesen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE nicht unterstützen werden. Wir finden das schon bei der Erstellung des ISEK in den unterschiedlichen Stufen eine umfangreiche Beteiligung stattgefunden hat. Wir haben von Herr Schröter gerade noch mal gehört, in wie vielen Feldern diese Beteiligung immer weiter betrieben wird.

Und wenn ich lese, was sie hier alles, hier alles getan werden soll, dann denke ich, verzögert das den Prozess unglaublich und das kann nicht in unser aller Interesse sein. Wir sehen, welcher Zeitplan hier vorgeschlagen ist und ich denke mal, das ist, dieser Zeitplan ist hart genug um das alles zu erreichen, was erreicht werden muss Und ich kann dem, was Herr Hänsel hier gesagt hat, nur sehr zustimmen. Das denke ich mal ist nicht zielführend, was Sie hier in ihrem Änderungsantrag vorgeschlagen haben. Und nun Herr Gernhardt, bitte.

Herr Gernhardt

Genau. Ich finde den Änderungsantrag sehr in Ordnung. Ich sehe das ähnlich, dass wir nicht bei null anfangen. Wir haben zum Beispiel, den wir heute zur Kenntnis nehmen sollen, dazu komme ich gleich, den Stadtentwicklungsbericht, den man da durchaus als Grundlage für Diskussionen mit der Bürgerschaft verwenden kann. Ich persönlich kann das heute nicht deswegen habe ich einen Antrag.

Der wird jetzt wahrscheinlich dann einige ärgern, weil er den Zeitplan durcheinanderbringt. Ich habe mich ehrlich gesagt in den letzten zwei Wochen. Wir hatten jetzt vier sehr große, umfangreiche Anträge auf der Tagesordnung. Da habe ich ehrlich gesagt, muss ich zugeben, den Stadtentwicklungsbericht hintenangestellt, weil wir ihn in Anführungsstrichen nur zur Kenntnis nehmen. Wir wissen aber auch, was mit Berichten passiert, die man zur Kenntnis nimmt. Sie verschwinden in der Versenkung.

Das fände ich ehrlich gesagt, an der Stelle, ein bisschen schade. Und deswegen möchte ich gerne für mich, vielleicht geht es ja auch anderen so, muss jeder für sich selber wissen, wie intensiv sie oder er die 130 Seiten gelesen hat, beantragen, dass wir den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung noch mal verschieben. Dann sind wir immer noch im zweiten Quartal. Und an dem Zeitplan muss sich nicht zwingend was ändern. Aber es gibt uns noch mal die Chance, intensiv den aktuellen Sachstand zur Umsetzung, zum Umsetzungsstand des aktuellen ISEK durchzugehen und zu erarbeiten.

Und das, muss ich ehrlich zugeben, zwei Wochen für, ich glaub insgesamt waren es über also hier 130 Seiten, bei dem anderen waren es, ich möchte es gar nicht zusammenzählen, wie viel 100 Seiten es insgesamt waren, die wir zu heute lesen sollten in den zwei Wochen. Fand das ein bisschen schwierig. Deswegen ist es bei mir hinten runtergefallen so ein bisschen. Das finde ich schade und deswegen der Antrag, dass wir das noch mal verschieben um einen Monat.

Frau Dr Wünscher

Also. Ich höre, Sie stellen einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung in die nächste Sitzung des Planungsausschusses. Das müssen wir abstimmen. Wer kann. Gibt es eine

Gegenrede zu diesem Geschäftsordnungsantrag? Ja formal, gut, okay. Dann können wir zur Abstimmung schreiten. Die Stadträte bitte.

Wer kann diesen Geschäftsordnungsantrag unterstützen? Den bitte ich um das Handzeichen Das sind zwei Stimmen. Wer ist dagegen? Acht Gegenstimmen. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt und wir können, wenn gewünscht, weiter inhaltlich diskutieren oder gleich jetzt zur Abstimmung kommen. Gibt es noch Wortmeldungen? Frau Dr. Kreutzfeldt, bitte.

Frau Dr. Kreutzfeldt

Ich wollte nur noch mal werben für unseren Änderungsantrag, weil wir haben, erleben immer wieder, dass gesagt wird von den Leuten, wir sind nicht informiert, ihr nehmt uns nicht mit, ihr entscheidet über unseren Kopf hinaus. Das ist auch nicht damit getan, dass mich irgendwo mal jemand anspricht, weil ihm gerade was aufgefallen ist. Darum geht es nicht. Es geht darum, dass wir die breite Bevölkerung mitnehmen wollen. Und wir erleben dies gerade zum Beispiel in Bezug auf das Zukunftszentrum, dass die Leute einfach nicht wissen, was passiert und Fragen haben und mitgenommen werden möchten.

Und, also, ich kann da nur dafür werben. Wenn wir nicht irgendwo abgehoben über den Wolken schweben wollen, dann lasst uns doch noch mal die Leute mitnehmen. Das muss gar nicht verzögern und wir müssen auch nicht so ein so ein umfangreiches Programm wie jetzt hier beim Leitbild Marktplatz durchziehen. Aber es sollte noch mal die Möglichkeit geben für die Leute sich einzubringen, auch informiert zu werden, was jetzt in diesem Konzept steht. Weil, es wird keiner draußen 130 Seiten lesen. Aber wir sollten wirklich noch mal die Stimmung abfragen. Wir sollten die Befindlichkeiten und vor allem die Ideen mitnehmen.

Das haben wir ja an anderen Stellen auch gemacht. Es kann nicht jemand von außen, der sich einfach mal hier rein arbeitet, das mit einbringen, was die Leute hier empfinden und was sie möchten. Und es ist immer wieder so gewesen, dass dann auch geplant worden ist an der an den Interessenten der Leute vorbei und hinterher merkt man, hat nicht geklappt. Na dann hat es eben nicht geklappt. Bitte dann noch mal vorher so einen Schritt einführen, einschieben.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Frau Dr Kreutzfeldt. Jetzt Frau Hünert, bitte.

Frau Hünert

Vielen Dank. Ich wollte eigentlich nur noch mal darauf hinweisen, dass Herr Feigl und auch Frau Dr. Kreutzfeldt, gegen, sich widersprechen, also. Herr Feigl hat gerade darauf hingewiesen, dass beim ISEK in den vorherigen Stufen die Öffentlichkeitsarbeit echt spektakulär gewesen ist und das die Ergebnisse auch super waren. Warum brauchen wir denn diesen Antrag jetzt noch? Warum müssen wir darüber so lange reden?

Ich bin nicht gegen Öffentlichkeitsarbeit, aber gegen solche Wiederholungen. Und wenn Sie vom Zukunftszentrum reden. Da haben wir ein einzelnes, spezielles Vorhaben. Das ISEK, darauf hat Herr Hänsel auch schon hingewiesen, ist großflächig. Also, ich verstehe ehrlich gesagt diesen Antrag nicht und meine Fraktion hat ja auch schon mitgeteilt, warum, wie sie sich entscheiden wird.

Frau Dr. Wünscher

Herr Feigl, bitte.

Herr Feigl

Da würde ich gerne noch ein bisschen für Aufklärung sorgen. Also, dass die ISEK-Prozesse, die vorher gelaufen sind, sind mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit von Anfang an gelaufen.

Und zwar nicht erst sozusagen also mehrstufig, und zwar nicht erst dann, wenn sozusagen innerhalb der Verwaltung, innerhalb der Konzeptfassung erstellt wurde. Und dann sozusagen die Öffentlichkeitsbeteiligung dann, wenn es eigentlich schon steht.

Dann kann man noch ein bisschen an Kleinigkeiten noch ein bisschen dran rumschrauben. Aber das ist eben, die Intention ist eben früh, frühzeitig die Bevölkerung mitzunehmen, einzubinden, um dann am Ende nicht auf die Nase zu fallen, weil bestimmte Sachen nicht viel fehlen oder drinnen sind, die man so eigentlich nicht so ganz gerne hätte. Es ist immer gut, wenn man frühzeitig drüber spricht. Genau das wollen wir an dieser Stelle.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Feigl. Gibt es jetzt noch Redebedarf zu dem Änderungsantrag und zu der Beschlussvorlage? Das sehe ich nicht. Dann stimmen wir zuerst den Änderungsantrag ab. Zuerst die sachkundigen Einwohner, bitte. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Das sind drei. Wer ist dagegen? Das sind auch drei. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Patt abgelehnt.

Dann die Stadträte, bitte. Wer ist für den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen? Das sind drei Stimmen. Wer ist dagegen? Sieben dagegen. Damit ist der Änderungsantrag auch von den Stadträten abgelehnt. Wir kommen nun zu der unveränderten Beschlussvorlage. Zuerst die sachkundigen Einwohner, bitte. Wer kann dieser Beschlussvorlage zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. Es sind vier Stimmen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei einer Enthaltung dann einstimmig zugestimmt.

Jetzt die Stadträte, bitte. Wer kann der unveränderten Beschlussvorlage zustimmen? Das Handzeichen, bitte. Neun Ja-Stimmen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? Bei einer Enthaltung. Damit ist diese Beschlussvorlage einstimmig angenommen.

Ende des Wortprotokolls

zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Beschluss zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK Halle 2025 – Aufstellungsbeschluss" VIII/2025/00991 Vorlage: VIII/2025/01217

Abstimmungsergebnis skE: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat beschließt, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept ISEK Halle 2025 fortzuschreiben.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diese Fortschreibung mit allen stadtentwicklungsrelevanten Bereichen der Verwaltung, mit wichtigen Stakeholdern aus der Stadtgesellschaft und mit Beteiligung der städtischen Einwohnerschaft zu realisieren. **Die Beteiligung der Einwohnerschaft wird in zwei Stufen durchgeführt. Ziel der ersten Stufe ist noch vor Erstellung von Entwürfen von Leitbild, Zielen und Projektmaßnahmen eine offene Abfrage der**

Stärken/Schwächen in den Planungsräumen und bei besonderen Zielgruppen sowie eine Sammlung von Ideen/Vorschlägen zur Stadtteilentwicklung. In einer zweiten Stufe erfolgt nach Beschlussfassung zur Leitbild-Strategie im Stadtrat eine Öffentlichkeitsbeteiligung als Grundlage für das fortgeschriebene Stadtentwicklungskonzept.

3. Der Stadtrat nimmt den Stadtentwicklungsbericht 2025 als Evaluierung des Umsetzungsstandes der Leitbild-Strategie des ISEK Halle 2025 zur Kenntnis.

**zu 5.4 Beschluss zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK Halle 2025 – Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VIII/2025/00991**

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept ISEK Halle 2025 fortzuschreiben.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diese Fortschreibung mit allen stadtentwicklungsrelevanten Bereichen der Verwaltung, mit wichtigen Stakeholdern aus der Stadtgesellschaft und mit Beteiligung der städtischen Einwohnerschaft zu realisieren.
3. Der Stadtrat nimmt den Stadtentwicklungsbericht 2025 als Evaluierung des Umsetzungsstandes der Leitbild-Strategie des ISEK Halle 2025 zur Kenntnis.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Fortschreibung des Mietspiegels 2024 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01143**

Frau Diemer informierte über die Fortschreibung des Mietspiegels. Diese kann im Ratsinformationssystem zur Kenntnis genommen werden.

**zu 7.2 Bauleitplanung, Beteiligungen im Mai
Vorlage: VIII/2025/01157**

Herr Rebenstorf informierte über die Bauleitplanung, Beteiligungen im Mai. Diese kann im Ratsinformationssystem zur Kenntnis genommen werden.

zu 7.3 Mitteilung zum vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 197

Charlottenstraße/Gottesackerstraße/ Töpferplan - erneute öffentliche Auslegung
Vorlage: VIII/2025/01221

Herr Rebenstorf informierte über die Mitteilung zum vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/Gottesackerstraße/ Töpferplan - erneute öffentliche Auslegung. Diese kann im Ratsinformationssystem zur Kenntnis genommen werden.

zu 7.4 Mitteilung zum Prüfauftrag: Verbesserung der Radwegeverbindung am Leipziger Turm
Vorlage: VIII/2025/01222

Herr Rebenstorf informierte über die Mitteilung zum Prüfauftrag: Verbesserung der Radwegeverbindung am Leipziger Turm. Diese kann im Ratsinformationssystem zur Kenntnis genommen werden.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Pilotprojekt „Superblock“ in Halle
Vorlage: VIII/2025/01127

Frau Dr. Wünscher informierte, dass die Beantwortung der Anfrage in einer späteren Sitzung erfolgt.

zu 8.2 Anfrage des Stadtrates Ferdinand Raabe (Volt / MitBürger) zum Campus Neustadt
Vorlage: VIII/2025/01130

Frau Dr. Wünscher informierte, dass die Antwort der Verwaltung unter TOP 8.2 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8.3 Herr Vierkant zum Mietspiegel

Herr Vierkant sagte, dass er es ungünstig findet, dass der Mietspiegel-Beirat entschieden hat, dass es jetzt so gemacht wird. Er fragte, wieso so verfahren wurde.

Herr Rebenstorf antwortete, dass hier der Runde Tisch Wohnen gemeint ist, und nicht der Beirat, der aus Fachexperten besteht, die den Mietspiegel begleiten. Der Runde Tisch Wohnen soll neu aufgestellt werden. Dann gibt es auch für die Fraktion eine Einladung.

Frau Diemer erklärte den Arbeitskreis Mietspiegel. Dies ist gesetzlich so vorgesehen. In dem Arbeitskreis sind stimmberechtigt der Deutsche Mieterbund und Haus und Grund. Ebenfalls sind die Wohnungsunternehmen beratend involviert.

zu 8.4 Herr Feigl zur Leipziger Straße

Herr Feigl fragte zu dem B-Plan der Leipziger Straße. Er wollte wissen, wann er kommt, was es kostet und wann es umgesetzt wird.

Herr Schröter sagte, dass darüber noch keine genauen Aussagen gemacht werden können.

Herr Feigl fragte zu einer Baustelle in der Martinstraße. Diese besteht schon seit längerem mit einer Vollsperrung. Er fragte, ob eine Teilfreigabe für den Radverkehr erfolgen kann.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.5 Herr Schiedung zu Radwegen

Herr Schiedung bemängelte, dass einige Radwege in einem sehr schlechten Zustand sind. Er fragte, ob es in naher Zukunft möglich ist, die schlimmsten Radwege zu reparieren.

Herr Rebenstorf sagte, dass nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. Er bat darum, dass ihm Herr Schiedung über Team Ratsangelegenheiten eine Liste zukommen lässt, in der die schlimmsten Stellen benannt werden. Anschließend wird es eine schriftliche Antwort geben.

zu 8.6 Herr Nistripke zum Mietspiegel

Herr Nistripke erkundigte sich, ob das Verfahren zum Mietspiegel in zwei Jahren erneut so durchgeführt wird, oder ob es in der aktuellen Form bestehen bleibt.

Frau Diemer antwortete, dass der Mietspiegel nach vier Jahren neu aufgestellt werden muss.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Die Ausschussvorsitzende **Frau Dr. Wünscher** bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Ulrike Wünscher
Ausschussvorsitzende

Maik Stehle
stellvertretender Protokollführer